

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 1/2 - 2019



Special Grüne Woche/Agrarwirtschaft: Digital gegen die Dürre

Ukraine

„Schubumkehr für die ukrainische Wirtschaft“

Russland-Umfrage

Sanktionen bremsen Erholung der russischen Wirtschaft

Mazedonien

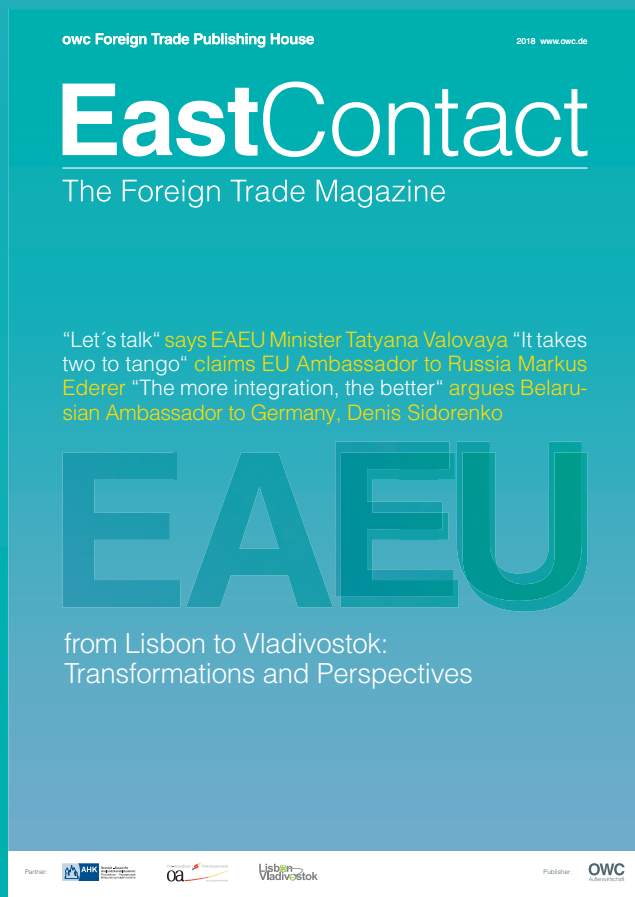
Neuer Landesname öffnet Türen

EastContact From Lisbon to Vladivostok: Transformations and Perspectives

In English – Download your Copy for free!

www.owc.de

All the News, Facts and Stories on Doing Business on the Eurasian Supercontinent Subscribe to Your Free Monthly News- letter Now!



EastContact News

Liebe Leserinnen und Leser,

der heiße und trockene Sommer 2018 hat den Diskussionen um den Klimawandel und dessen Folgen zusätzlichen Schub verliehen. Eine der Branchen, die von den Auswirkungen der weltweiten klimatischen Veränderungen – zunehmende Drren, globale Erwärmung, Extremwetterlagen – besonders betroffen ist, ist die Landwirtschaft. Zugleich steigen die Anforderungen an den Agrarsektor vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung und der steigenden Kaufkraft in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern mit entsprechenden Nachfrageverschiebungen. Zu den vielversprechenden Spielern an den globalen Agrarmärkten gehören Russland, die Ukraine und Kasachstan, die ihre Agrarproduktion rapide ausbauen. In allen drei Ländern erfährt der Landwirtschaftssektor wachsende staatliche Aufmerksamkeit und Förderung, alle drei Länder müssen sich aber auch den Folgen des Klimawandels stellen.

Der Agrarsektor in Osteuropa steht passend zur Grünen Woche 2019 in Berlin im Mittelpunkt dieser Ausgabe der Osteuropa Informationen. ber die **Entwicklung in den Agrarwirtschaften Russlands, der Ukraine und Kasachstans** berichten wir ab Seite 10. Die drei Länder spielen auch in Chinas Agrarstrategie eine wichtige Rolle, die die stark wachsende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten durch Importe zu decken versucht und dabei zunehmend in die **chinesische Seidenstraßen-Initiative** eingebettet wird (S. 12f). Welche **Rolle digitale Technologien bei der Bekämpfung der Klimafolgen spielen**, lesen Sie ab Seite 14. ber die **Entwicklungen auf dem russischen Getreidemarkt** informieren wir Sie ab Seite 16.

Der Agrarsektor war auch ein Thema auf dem großen **Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum** in Berlin mit Bundeskanzlerin Merkel und dem ukrainischen Ministerpräsidenten Hrojsman, über das wir ab Seite 6 berichten. In Russland gilt die Land- und Ernährungswirtschaft als wachstumstrkste Branche der kommenden Jahre. Dies ist ein Ergebnis unserer jährlichen **Geschäftsklima-Umfrage Russland**, deren Ergebnisse Sie auf den Seiten 18 bis 20 finden. Wir berichten außerdem über die **Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs** zur Rolle des Kaspischen Meeres in der Region (S. 8), die jüngste **Delegationsreise des OAOEV nach Mazedonien** (S. 21) und die **Bedeutung Polens und Ungarns** als Partner der deutschen Wirtschaft (S. 22).

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre Redaktion

Special

Grüne Woche/Agrarwirtschaft

Editorial	9
Überblick: Ein lohnendes Feld	10
Seidenstraße: Belt and Road – and Field?	12
Klimawandel: Digital gegen die Dürre	14
Getreide: Russlands Aufstieg zum weltweit groten Weizenexporteur	16



Foto: Pixabay

Editorial/Inhalt	3
Mitglieder-News	4
Länder-News	5
Ukraine: „Schubumkehr für die ukrainische Wirtschaft“	6
Zentralasien: Meer der Hoffnungen	8
Umfrage: Sanktionen bremsen Erholung der russischen Wirtschaft	18
Mazedonien: Neuer Landesname öffnet Türen	21
Mittelosteuropa: Schlüsselpartner der deutschen Wirtschaft	22
OAOEV in Kürze	23
Vorstellung neuer Mitglieder	24
Termine/Kooperationen	25
Publikationen	26

Titelfoto: Feld in der Ukraine

Quelle: pixabay

MITGLIEDERNEWS

Robert Bosch GmbH

Die Bosch-Tochter Robert Bosch Power Tool errichtet im ungarischen Miskolc für 44 Millionen Euro ein **Kompetenzzentrum für die Batterieproduktion** und baut seine Produktionskapazitäten dort aus. In einer neuen Produktionshalle sollen an dem 2001 gegründeten Standort 1.200 Mitarbeiter Batterien für Werkzeuge und Elektrofahräder produzieren.

Deutsche Bahn AG

Der russische Waggonbauer United Carriage Company (UWC) hat eine **Ausschreibung für Gelenkcontainerflachwagen der Deutschen Bahn (DB) gewonnen**. In der ersten Jahreshälfte 2020 sollen 130 Wagen ausgeliefert werden, die im russischen Tichwin in der Region Leningrad produziert werden. UWC hatte bereits im Sommer den Status eines Zulieferers der DB erhalten. Für DB ist es der erste Kauf von Güterwagen in Russland.

Globus Holding GmbH & Co. KG

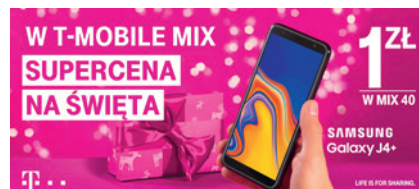
Die deutsche Hypermarkt-Kette Globus hat in Medwedkovo im Nordosten Moskaus ein **Lagerhaus** mit einer Fläche von 49.500 Quadratmetern **gekauft**. Dort soll ein Hyperglobus-Markt entstehen. Im Herbst 2017 hatte Globus den Standort Kotelniki im Moskauer Gebiet eröffnet, im November 2018 folgte der 14. russische Standort in Balaschicha. Im Frühjahr 2019 wird in Salarjevo der erste Mietstandort von Globus in Russland eröffnet. (s. S. 24)

SAP SE

Der deutsche Softwareentwickler SAP wird die **Daten seiner russischen Kunden mithilfe des Informationsüberwachungssystems von InfoWatch schützen**. Beide Unternehmen unterzeichneten im November eine entsprechende Vereinbarung. Info-Watch hat die weltweit erste Lösung zur Überwachung von Lücken in SAP-Systemen entwickelt und bietet sein Produkt weltweit für SAP-Kunden an.

Deutsche Telekom AG

Die polnische Telekom-Tochter T-Mobile Polska plant den **kommerziellen Start seines Internetangebots über Glasfaserkabel**



T-Mobile Polska baut sein Angebot aus.

im zweiten Quartal 2019. Das Angebot soll unter Nutzung der Infrastruktur des Konkurrenten Orange Polska erfolgen. Die Zusammenarbeit soll es rund 1,7 Millionen Haushalten in Polen ermöglichen, das neue Angebot wahrzunehmen. In Ungarn hat die Telekom Tochter Magyar Telekom im Telefonkundendienst mit „Vanda“ den ersten virtuellen Assistenten eingesetzt, der auf künstlicher Intelligenz beruht. Die Telekom überprüft gemeinsam mit T-Systems Magyarorszag die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Systems.

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an: C.Himmighoffen@bdi.eu



OAOEV-Geschäftsführer Harms (li.) bei der Eröffnung der Konferenz

Creon Capital

Zusammen mit dem WWF und anderen Partnern präsentierte Creon Capital Anfang Dezember in Berlin im Rahmen einer Konferenz, die vom OAOEV unterstützt wurde, die Ergebnisse des Ratings ökologischer Verantwortung in Russlands Öl- und Gasindustrie. Zum fünften Mal bewerten darin der WWF Russland und die russische Fondsgesellschaft CREON russische Energiekonzerne im Hinblick auf ihre Bemühungen um Nachhaltigkeit. Der Vorsitzende der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms betonte zur Eröffnung, die Bedeutung Russlands als Energielieferant für Deutschland. Die Entwicklung hin zu mehr Umweltschutz biete Chancen für deutsche Unternehmen, ihre Anlagen abzusetzen. Aber auch russische Unternehmen böten heute interessante Technologien und seien nicht mehr nur als Rohstofflieferanten interessant. Den ersten Platz im Rating, das sich aus den Bewertungen in den drei Bereichen Umweltmanagement, Umwelteinfluss und Zugang zu Informationen zusammensetzt, belegte wie im Vorjahr das Joint Venture Sachalin Energy (Sachalin-2), gefolgt von Zarubeshneft und Exxon Neftegaz (Sachalin-1). Ziel der Konferenz ist es, ökologische Verantwortung als gemeinsames Thema für Deutsche und Russen voranzubringen. Die Konferenz machte deutlich, dass Ökologie in Russland ein Thema ist, das auch für Unternehmen zunehmend relevant wird. In zwei Panels diskutierten russische und deutsche Unternehmensvertreter über die nachhaltige Entwicklung im Öl- und Gassektor und LNG als Treibstoff für die Zukunft.

LÄNDERNEWS

Armenien

Der Interministerielle Ausschuss hat im Dezember erstmals **positiv über eine Armenien-Investition entschieden**. Für das eingesetzte Kapital sowie für die Erträge konnte vollumfänglicher Garantieschutz gewährt werden. Grundlage für die positive Entscheidung war der am 4. August 2000 in Kraft getretene deutsch-armenische Investitionsschutzvertrag.

Belarus/Kasachstan/Russland/Ukraine

Grüne Baustandards gewinnen in Russland, der Ukraine, Kasachstan und Belarus an Bedeutung. Für deutsche Bauunternehmen und Energiedienstleister bietet dies Chancen, dort aktiv zu werden, berichtet die Deutsche Energieagentur DENA. So gelten in Russland seit diesem Jahr erstmals Auflagen für die Energieeffizienz von Gebäuden. In der Ukraine vergibt der Staat bereits seit 2014 sogenannte „warme Kredite“ zum Kauf von Produkten, die einer höheren Energieeffizienz von Ein- und Mehrfamilienhäusern dienen. Auch in Belarus und Kasachstan werden Themen wie Energiesicherheit und -einsparung zunehmend großgeschrieben. Darüber informiert die länderübergreifende Dialogplattform „Urbane Energieinfrastruktur in Osteuropa und Zentralasien“.

www.dena.de

Litauen

In Litauen soll möglicherweise schon ab 2019 ein **virtueller Unternehmenssitz** eingeführt werden. Der „physische Briefkasten“ soll sowohl für bestehende als auch für neu gegründete Unternehmen wegfallen. Dies sieht ein Regierungsbeschluss vom Oktober vor. Notwendig ist dann lediglich eine virtuelle Zustellbox, die als Firmenadresse dienen soll. Um einen Gerichtsstand zu begründen, müssen Angaben zur Gemeinde gemacht werden. Das virtuelle Büro soll eine effektivere Kommunikation mit staatlichen Institutionen ermöglichen und die Gründung von Unternehmen erleichtern. (GTAI)

Russland

Nach intensiven Verhandlungen haben die russische Exportkreditagentur EXIAR (JSC Russian Agency for Export Credit and Investment Insurance) und der deutsche Exportkreditversicherer Euler Hermes im Oktober eine **bilaterale Rückversicherungsrahmenvereinbarung unterzeichnet**. Für deutsche Exporteure stellt die jetzt geschlossene Vereinbarung eine signifikante Verbesserung dar. Geschäfte mit einem nicht unerheblichen Anteil russischer Zulieferungen können nun – unter Beteiligung von EXIAR – durch eine Bundesdeckung abgesichert werden. Bereits seit 2012 besteht eine allgemeine Kooperationsvereinbarung zwischen der deutschen und der russischen Versicherung.

Auslandsmesseprogramm 2019

Messetermine und Kontaktdaten für die Auslandsmessebeteiligungen des Bundes und der Länder enthält die **Broschüre „Auslandsmesseprogramme der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesländer 2019“**, die der AUMA – Verband der deutschen Messewirtschaft jetzt herausgegeben hat. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) plant in Abstimmung mit der deutschen Wirtschaft 270 Beteiligungen, davon allein 37 in Russland. In der Broschüre sind darüber hinaus die Auslandsmessebeteiligungen der einzelnen Bundesländer für 2019 enthalten. Insgesamt wollen sich die Länder an 110 Messen im Ausland beteiligen.

<https://www.auma.de>

Doing Business Report 2019*

Die Weltbank hat Ende Oktober 2018 ihren vielbeachteten jährlichen Doing-Business-Report veröffentlicht, in dem das Geschäftsumfeld für Unternehmen in jetzt 190 Volkswirtschaften beurteilt wird. Betrachtungszeitraum des Doing Business Reports 2019 ist Juni 2017 bis Mai 2018. Angeführt wird das Ranking von Neuseeland, gefolgt von Singapur und Dänemark. Mazedonien rangiert als bestes der vom OAOEV betreuten Länder auf Platz zehn, Deutschland nimmt Platz 24 ein. Unter den zehn Ländern, die im Betrachtungszeitraum die größten Fortschritte machten, findet sich Aserbaidschan, das insgesamt auf Rang 25 und damit vor Russland (31) und Polen (33) liegt.

Rg. 2019 (2018)	Land	Punkte			
44 (40)	Kosovo	74,15			
47 (44)	Republik Moldau	73,54			
48 (43)	Serbien	73,49			
50 (42)	Montenegro	72,73			
52 (45)	Rumänien	72,30			
53 (48)	Ungarn	72,28			
58 (51)	Kroatien	71,40			
59 (50)	Bulgarien	71,24			
63 (65)	Albanien	69,51			
70 (77)	Kirgisische Republik	68,33			
71 (76)	Ukraine	68,25			
76 (74)	Usbekistan	67,40			
89 (86)	Bosnien und Herzegowina	63,82			
126 (123)	Tadschikistan	57,11			

*nur OAOEV-Länder. Der Report bewertet die Rahmenbedingungen für Geschäftsgründungen und -tätigkeit in zehn Kategorien auf einer Skala von 0 (schlechteste Performance) bis 100 (beste Performance). | Quelle: Weltbank

„Schubumkehr für die ukrainische Wirtschaft“

In einem erneut zugespitzten politischen Umfeld fand Ende November in Berlin das 3. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum statt, das fünf Jahre nach dem Euro-Maidan einen Rahmen für den Ausbau der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bot.



Bundeskanzlerin Merkel und Premier Hrojsman (vorne li.) eröffneten das Wirtschaftsforum.

Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ukrainischen Premierminister Volodymyr Hrojsman sprachen die Regierungschefs beider Länder zur Eröffnung. Wenige Tage zuvor war der schwelende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland erneut eskaliert, nachdem russisches Militär ukrainische Marineschiffe gewaltsam an der Durchfahrt ins Asowsche Meer gehindert, 24 Soldaten festgesetzt und drei Schiffe beschlagnahmt hatte.

Fast 400 Vertreter aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Medien waren der Einladung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), der AHK Ukraine und des Ost-Ausschuss – Osteuropaverbands (OAOEV) gefolgt und füllten den großen Saal im Berliner Haus der Deutschen Wirtschaft bis auf den letzten Platz. Weitere Partner der Veranstaltung waren von ukrainischer Seite die Botschaft in Berlin, die Investitionsagentur UkraineInvest und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel. DIHK-Präsident Eric Schweitzer sicherte der Ukraine in seiner Eröffnungsrede die weitere Unterstützung der deutschen Wirtschaft für den eingeschlagenen Reformkurs zu.

Der ukrainische Ministerpräsident Hrojsman nahm den Ball auf und betonte, dass jetzt die

Zeit gekommen sei, in seinem Land zu investieren. Die deutschen Unternehmen wüssten, wie stark sich die Ukraine in den letzten fünf Jahren seit den Protesten auf dem Maidan verändert habe, sagte Hrojsman unter Verweis auf die Reformen etwa in Verwaltung, Finanzsektor und Rechtssystem. Dabei sei der Weg noch lange nicht zu Ende: „Wir wollen unter die Top 50“, kündigte der ukrainische Premier mit Blick auf das Doing-Business-Ranking der Weltbank an, in dem die Ukraine derzeit Platz 71 belegt: „Unsere wichtigste Aufgabe ist die Schaffung einer starken Demokratie, einer starken Wirtschaft.“ Eine wichtige Rolle spielten die Unterstützung durch EU, Weltbank und IWF. Konkret sei mit der AHK Ukraine gerade eine Absichtserklärung unterzeichnet worden, um einen Automobilcluster in der Region Lwiw zu schaffen. 2019 würden zudem neue Instrumente zur Korruptionsbekämpfung eingeführt.

Merkel verteidigt Sanktionskurs und Nord Stream 2

Die Bundeskanzlerin lobte ihrerseits das Engagement deutscher Unternehmen, die in „schwierigem Fahrwasser“ in der Ukraine investierten. Sie hob die Öffnung der Ukraine

zur EU und die Bedeutung des Freihandels- und Assoziierungsabkommens hervor: „Die Orientierung von Russland nach Europa war wie eine Schubumkehr für die ukrainische Wirtschaft“, sagte Merkel. Die Bundeskanzlerin ermunterte ihren ukrainischen Kollegen, auf Reformkurs zu bleiben: „Wichtig ist der Kampf gegen die Korruption, aber auch der Schutz von Aktivisten, die sich dafür engagieren“, sagte Merkel.

Im Hinblick auf den ungelösten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland verteidigte Merkel das Minsker Abkommen, das zumindest eine weitere Eskalation verhindert habe, und plädierte für die Aufrechterhaltung der Russland-Sanktionen: „Wir müssen deutlich machen, dass Grundsätze des internationalen Völkerrechts wie die nationale Souveränität eingehalten werden“, sagte Merkel: „Wir sind in der Pflicht.“ Im Blick auf den aktuellen Konflikt wies die Bundeskanzlerin dem russischen Präsidenten die Verantwortung für die Eskalation zu. Russland müsse die freie Schifffahrt im Asowschen Meer garantieren. Gleichzeitig rief Merkel die Ukraine zu Besonnenheit auf. Eine militärische Lösung könne es nicht geben. Im Hinblick auf die von der Ukraine heftig bekämpfte Gaspipeline Nord Stream 2 ging Merkel auf die Sorgen der Ukraine ein, ohne von dem Projekt abzurücken: „Wir treten mit voller Kraft dafür ein, dass die Ukraine Transitland bleibt“, sagte sie.

Diskussion über Rahmenbedingungen

Unter dem Motto „Ukraine now – Turning the Corner“ diskutierten anschließend Vertreter aus Politik und deutschen Unternehmen über die Fortschritte und Defizite des Reformprozesses in der Ukraine und die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren. Moderiert wurde die Diskussionsrunde, an der auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministe-

rium Thomas Bareiß teilnahm, vom stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer und OAEOV-Präsidiumsmitglied Volker Treier. Oksana Makarova vom ukrainischen Finanzministerium hob die Reformfortschritte im Bereich Steuern, Deregulierung und Transparenz hervor. „Je weniger ein Beamter direkt mit Unternehmen zu tun hat, desto geringer sind die Möglichkeiten zur Korruption“, sagte sie. Dank zahlreicher Freihandelsabkommen sei die Ukraine zudem „eine gute Basis, um zu exportieren“.

Der Präsident der AHK Ukraine Andreas Lier (BASF) wies auf den Strukturwandel der Wirtschaft von der Schwer- zur Leichtindustrie und deren Integration in europäische Wertschöpfungsketten hin. Dem auch in der Ukraine zunehmenden Fachkräftemangel wolle die AHK mit dualen Berufsausbildungsprojekten begegnen. Im Rahmen der Digitalisierung gebe es insbesondere im IT-Sektor großes Potenzial. „Die heutige Ukraine ist die beste in der Geschichte des Landes“, resümierte Lier seine aktuelle Einschätzung. OAEOV-Präsidiumsmitglied Michael Fohrer von Bombardier lenkte den Blick auf das Potenzial des Landes im Schienenverkehr. Die Ukraine sei mit einem Gleisnetz von 22.000 Kilometern Länge der viertgrößte Markt für den Eisenbahn-Güterverkehr weltweit. Das chinesische Seidenstraßen-Projekt könne die Rolle des Landes weiter stärken.

Landwirtschaft im Aufschwung

Dass die Ukraine nach den Krisenjahren 2014 und 2015 wieder auf Wachstumskurs liegt, ist nicht zuletzt der Landwirtschaft zu verdanken, die im dritten Konferenzpanel im Mittelpunkt stand. „Riesige Flächen, neue Sorten, niedriges Lohnumfeld“, so charakterisierte André Lüling, Geschäftsführer von Port International, die Stärken des Landes. Der geschäftsführende ukrainische Landwirtschaftsminister Maksym Martynyuk hob insbesondere die Erfolge in der Korruptionsbe-

kämpfung in den vergangenen Jahren hervor. Ausschreibungsverfahren liefen nunmehr elektronisch ab, Grund und Boden würden transparent verteilt. „Diese Veränderungen haben systemischen Charakter, die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden nicht dazu führen, dass dies rückgängig gemacht wird.“

Ivonne Bollow, Global Director Corporate Public Policy bei der METRO AG, lobte die Anstrengungen der ukrainischen Ernährungsindustrie zur Übernahme internationaler Lebensmittelstandards. „Es geht um Ausdauer, weiter an diesen Programmen teilzunehmen“. Denn diese seien der Schlüssel, um in die internationalen Handelsnetzwerke zu kommen. Umgekehrt äußerte Bollow Kritik an der EU: Zertifizierte ukrainische Produzenten hätten weiterhin mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen. „Es ist schade, dass wir die Versprechen des Freihandels- und Assoziierungsabkommens nicht ganz ausfüllen können.“ Mit Lüling war sich Bollow darin einig, dass an der Akzeptanz ukrainischer Produkte dringend weiter gearbeitet werden müsse.

Nachhaltige Energieversorgung angestrebt

Um die Reform des ukrainischen Energiesektors drehte sich die Diskussion in einem wei-

teren Panel, das von OAEOV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia geleitet wurde. Gennady Zubko, Minister für regionale Entwicklung, Bau und kommunale Wohnungswirtschaft, stellte die neue Gesetzgebung zur Erhöhung der Energieeffizienz vor, die im ersten Quartal 2019 in Kraft tritt und EU-Richtlinien umsetzt. Die stellvertretende Energieministerin Nataliya Boyko präsentierte die Energiestrategie der Ukraine bis 2035, die eine nachhaltige Entwicklung im Energiesektor zum Ziel hat. Ein Standbein ist dabei die Wasserkraft. Peter Magauer, CEO des OAEOV-Mitglieds Andritz Hydro, berichtete positiv von den Erfahrungen seines Unternehmens bei der Modernisierung des Wasserkraftwerks Dnipro-1.

Weitere Diskussionsrunden widmeten sich den Themen Digitalisierung und Industrie 4.0 sowie Logistik und Infrastruktur und zeigten die ganze Bandbreite der bilateralen Kooperationsmöglichkeiten. Dazu hatte es bereits am Vorabend des Forums ein von deutschen Wirtschaftsverbänden organisiertes Abendessen deutscher Unternehmensvertretern mit Premier Hrojsman gegeben.

**Christian Himmighoffen,
Helena Rosengrün, Andreas Metz**

Abteilung Presse und Kommunikation
im OAEOV



OAEOV-Geschäftsführerin Kochlowski-Kadjaia (li.) moderierte die Diskussionsrunde mit der stellvertretenden Energieministerin Boyko.

Meer der Hoffnungen

In der 25. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs ging es Mitte Dezember um das wirtschaftliche Potenzial des Kaspischen Meeres. Die fünf Anrainerstaaten hatten sich erst im Sommer auf den Rechtsstatus des größten Sees der Erde geeinigt.

26 Jahre lang musste verhandelt werden: Im August 2018 verständigten sich schließlich im kasachischen Aktau die Regierungschefs der fünf Anrainerstaaten Russland, Kasachstan, Turkmenistan, Aserbaidschan und Iran auf eine neue „Verfassung“ für das Kaspische Meer. Auch wenn der Vertrag noch nicht von allen Ländern ratifiziert wurde und einige Fragen zur Veräußerung von Grund und Boden offenblieben, regt die gefundene Einigung bereits die Fantasie internationaler Investoren an. Anlass für den Berliner Eurasischen Klub (BEK), das wirtschaftliche Potenzial des Kaspischen Meeres genauer unter die Lupe zu nehmen. Organisiert wurde das Treffen durch den Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) und die Botschaft Kasachstans. Als Moderatoren fungierten der Vorsitzende der OAOEV-Geschäftsführung Michael Harms und OAOEV-Zentralasiendirektor Eduard Kinsbruner.

Rohstoffe für 100 Jahre

In seiner Eröffnungsansprache im Berliner Maritim Hotel wies der kasachische Botschafter Bolat Nussupov vor vollem Saal auf die reichen Bodenschätze in und an den Ufern des Kaspischen Meeres hin. Die dort vorhandenen Ressourcen könnten den Energiebedarf des Kontinents Eurasien für hundert Jahre decken. Durch die Klärung des rechtlichen Status sei nun auch der Weg frei für Pipelineprojekte zum Transport von Öl und Gas aus Richtung Kasachstan oder Turkmenistan hinüber nach Aserbaidschan und weiter bis nach Europa. Überdies habe das Kaspische Meer das Potenzial, eine internationale Handels- und Transitdrehscheibe zu werden. Die chinesische Seidenstraßeninitiative sei dazu ein willkommener Impuls, ergänzte der Stellvertretende kasachische Außenminister Roman Vassilenko.

Ähnlich äußerte sich Anke Konrad, Leiterin des Referats für „Digitale Transformation und Mobilität“ im Auswärtigen Amt. Das Ka-



Der kasachische Vize-Außenminister Vassilenko bezeichnet die chinesische Seidenstraßeninitiative als willkommenen Impuls.

spische Meer läge im „Herzen der Seidenstraße des 21. Jahrhundert“, die Anrainerstaaten seien bereits auf dem Weg zu einem „Hub Chinas“ Richtung EU zu werden. Viel werde derzeit in neue Häfen und Schiffsverbindungen investiert. Die EU wolle hier mit ihrer Konnektivitätsstrategie der chinesischen Initiative ein alternatives Angebot entgegensetzen: „Auch wir wollen in den Ausbau der Infrastruktur investieren, aber unter Beibehaltung der vollen Souveränität der beteiligten Länder.“

Während auch Osama Romhi, Vizepräsident Sales und Business Development von Kühne & Nagel, die Chancen des Kaspischen Meeres als Transitkorridor positiv einschätzte, äußerte sich Sascha Trepte, Leiter Unternehmensentwicklung und Strategie der Duisburger Hafen AG, skeptischer. Duisburg ist ein

wichtiger Endpunkt von Zügen, die über die Nordroute aus Richtung China durch Kasachstan und Russland nach Mitteleuropa fahren. Bis 2027 rechne sein Unternehmen mit bis zu 650.000 TEU (Twenty-foot Equivalent Unit) über die Nordroute, während das Potenzial für die Südroute am Kaspischen Meer nur bei 19.000 TEU läge, sagte Trepte. Die nötigen Modalwechsel beim Transport per Schiene und Schiff würden die Kosten deutlich erhöhen. Hinzu kämen politische Risiken, etwa durch den Konflikt der USA mit dem Iran ergänzte Lars Preußner, Sicherheitsexperte der Laurentium GmbH. Ob sich also die Hoffnungen wirklich erfüllen, die sich mit dem Kaspischen Meer verbinden, wird die Zeit zeigen müssen.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Deutsch-Kasachischer Wirtschaftsrat

Mitte Dezember traf sich der Deutsch-Kasachische Wirtschaftsrat zu seiner elften Sitzung in Berlin. Schwerpunkte waren die Themen duale Ausbildung, Industrie 4.0, Erneuerbare Energien und Recycling. 2018 hat der OAOEV das Sekretariat des Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsrats übernommen, der im Juli 2010 während des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kasachstan zur Koordinierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gegründet wurde und konkrete Unternehmensprojekte flankieren und voranbringen soll. Die Co-Vorsitzenden des Wirtschaftsrats sind der ehemalige Deutschbanker Peter Tils auf deutscher Seite und der Unternehmer Timur Kulibayev von Seiten Kasachstans.

Alle reden übers Wetter – wir auch!

Der Klimawandel ist für alle im Agrarbereich Aktiven ein besonders wichtiges Thema: Der so trockene deutsche Sommer 2018 hat Auswirkungen auf die Preise für Getreide, Kartoffeln und Gemüse, für Fleisch und Milch - hinzu kommen etwa Logistikschwierigkeiten wegen niedriger Pegelstände und ein großes Überangebot am Holzmarkt durch Windbruch.

Vor diesem Hintergrund lag die Entscheidung nahe, dass sich die Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss - Osteuropaverein im Rahmen des kommenden Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) Mitte Januar mit einer Paneldiskussion zu diesem Thema engagiert: „Digital gegen die Dürre“ haben wir sie überschrieben und wollen mit hochrangigen Gästen nach digitalen Lösungen in Sachen Klimawandel suchen. Alle Details finden Sie dazu auf Seite 14 – seien Sie dabei!

Das Thema Klimawandel ist für uns auch deswegen so wichtig, weil sich der Agrarsektor in unseren Partnerländern Russland, Ukraine und Kasachstan so positiv entwickelt: Der russische Staat unterstützt auch unter dem neuen Landwirtschaftsminister Dmitrij Patruschew den Agrarsektor in großem Maßstab, in der Ukraine erfüllt die Landwirtschaft allen politischen Schwierigkeiten zum Trotz maßgeblich eine Ankerfunktion, und in Kasachstan nimmt der Agrarsektor in den neuen Industrialisierungsplänen des Präsidenten eine zentrale Rolle ein.

Sei es Russland, die Ukraine oder Kasachstan: Das Agrarpotenzial ist riesig – es zu heben, ist allerdings anspruchsvoll. Alle drei Länder wollen und brauchen für den Ausbau ihrer Landwirtschaft Innovation und Know-how. Ob Saatgut oder Pflanzenzüchtung, Landtechnik oder Tiergenetik: Hier eröffnet sich deutschen Unternehmen eine Vielzahl von Marktchancen, und gerade Hersteller aus Deutschland genießen in der Region einen guten Ruf.

Umso wichtiger werden Lösungen, die auch die vor uns liegenden Herausforderungen adressieren: Der Klimawandel verändert Böden und Wälder, ebenso die Bedingungen für Tierhaltung und Energiegewinnung. Länder sind auf Erträge auf diesen Gebieten angewiesen und brauchen verlässliche und zukunftsweisende Technologien. Der Weg zu einer wetterfesten Modernisierung ist steinig, aber Deutschland ein bewährter Partner.

Im Rahmen von GFFA und Grüner Woche in Berlin wollen wir erneut den Dialog zwischen internationaler Politik und Wirtschaft zu den wichtigen Agrarthemen unserer Zeit voranbringen – lassen Sie uns miteinander austauschen, fragen, beraten.

Ernährungssicherheit geht uns alle an – und gerade angesichts des Klimawandels gilt mehr denn je: Wir sollten uns die Ernte nicht verhaseln lassen.

Auf Wiedersehen in Berlin!



Torsten Spill

Geschäftsführer der Solana GmbH & Co. KG
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft
beim Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der
Deutschen Wirtschaft e. V.

Ein lohnendes Feld

Auch 2018 belegten Russland und die Ukraine Spitzenpositionen in der landwirtschaftlichen Produktion, und Kasachstan entwickelt sich zu einem vielversprechenden Player an den globalen Agrarmärkten.



Mit großem Potenzial: Weizenfeld in Kasachstan

Nach seiner Wiederwahl im März hat Russlands Präsident Wladimir Putin im Mai eine neue Regierung eingesetzt. Zu den wenigen Neubesetzungen gehörte das Amt des Agrarministers: Zum Nachfolger von Alexander Tkatschjow wurde Dmitrij Patruschew ernannt, bislang Vorsitzender der Landwirtschaftsbank „Rosselchobank“ und Sohn des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates und vormaligen Leiters des Inlandsgeheimdienstes FSB Nikolaj Patruschew. Mit dieser Neubesetzung ist der russische Agrarminister nicht länger mit einem Einreiseverbot in die EU belegt wie Tkatschow seit 2014, was prinzipiell einen intensivierten Dialog mit diesem Ressort ermöglichen kann.

Neu besetzt wurde auch das Amt des für Landwirtschaft verantwortlichen Vize-Premierministers: Der von 1999 bis 2009 als Agrarminister und anschließend als Gouverneur des Gebiets Woronesch amtierende Alexej Gordejew übernahm dieses Amt von Arkadij Dworkowitsch, der als Co-Vorsitzender zum Technologie-Inkubator „Skolkowo“ wechselte. Mit beiden Personalien gehen Personalrochaden im Agrarministerium einher, die über weite Strecken die Arbeit des Hauses lähmten.

Die Neubesetzungen fanden in einem wirtschaftlichen Umfeld statt, dass durch die

bestehenden Sanktionen, aber auch durch neue, besonders auf oligarchische Strukturen in Russland zielende Sanktionen der USA geprägt ist; der Kurs des Rubel gegenüber dem Euro bleibt anhaltend schwach. Mit dem verstärkten Fokus auf Agrarexporten kommt der schwächelnde Rubelkurs den russischen Produzenten entgegen, erschwert jedoch die Anschaffung von Ausrüstung und Betriebsmitteln in Euro und Dollar.

Eine geänderte Agrarstrategie Russlands ist nicht zu erwarten: Auch die neue Regierung wird den Ansatz der Importsubstitution gerade im Agrarbereich verfolgen, die Branche entsprechend fördern und ausländische Technologien tendenziell benachteiligen. Gleichzeitig wächst aber mit dem staatlich forcierten Ausbau des Agrarsektors der Bedarf an effizienten Lösungen zur Produktivitätssteigerung dieses Wirtschaftszweiges, denn Versorgungslücken etwa in der Milch-, Käse- und Butterproduktion bestehen weiter. Hier die Attraktivität von Herstellern aus Deutschland zu unterstreichen, wird auch weiterhin Kernanliegen der Aktivitäten der German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV in Russland sein – Fachveranstaltungen wie etwa mit dem langjährigen Vize-Agrarminister Jewgenij Gromyko im Januar 2018 in Berlin haben dies unterstrichen.

Ukraine: Wertschätzung trotz aller Schwierigkeiten

Im März 2019 wählt die Ukraine erneut einen Präsidenten - und der Wahlkampf wirft seine Schatten längst voraus: Viele Schlüsselthemen der ukrainischen Politik werden kaum noch angegangen, in der Sorge, Wähler abzuschrecken – darunter die Frage nach der Zukunft des Bodenmarkts oder der Preise für die Erdgas-Wärmeversorgung. Nach wie vor hat die Ukraine keinen Agrarminister – dessen Funktion übt seit Mai 2017 der Erste Vizeagrarminister Maxim Martynjuk aus, um die bestehende Regierungskoalition nicht mit einer entsprechenden Abstimmung über die Neubesetzung zu befassen.

Für ausreichend Liquidität sorgte der Internationale Währungsfonds (IWF) mit der Überweisung einer weiteren Tranche seines Kredits von insgesamt 17,5 Milliarden US-Dollar, als er im August die Summe von zwei Milliarden US-Dollar anwies. Der Überweisung war ein langes Tauziehen zur Implementierung verstärkter Korruptionsbekämpfung als Bedingung vorausgegangen. Die Reformbestrebungen sind vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfes deutlich zurückgegangen.

Die ukrainische Griwna hat ihr Tief gegenüber dem Euro nicht überwinden können.

Dessen ungeachtet investieren Landwirtschaftsbetriebe in neue Technik, die sie in westlicher Währung kaufen müssen: Die Erträge im Pflanzenbau lohnen sich nach wie vor, der Agrarsektor erfüllt auch weiterhin seine Schlüsselfunktion als stabilisierender, produktiver Wirtschaftszweig. Investments wie der Aufbau einer Maissaatproduktion durch Bayer-Monsanto westlich von Kiew mit einem Volumen von rund 200 Millionen US-Dollar unterstreichen die Wertschätzung, die die Ukraine trotz aller Schwierigkeiten gerade im Agrarsektor genießt.

Anhaltende Probleme bereiten protektionistische Tendenzen. Westliche Landtechnikhersteller erhalten nur erschwert Zertifizierungen für ihre Produkte, während das ukrainische Agrarministerium offen für eine Produktion vor Ort wirbt. Sicher ist: Im Zusammenspiel mit den entsprechenden politischen Playern muss auch weiterhin an einer Verbesserung der wirtschaftlichen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen im Dialog gearbeitet werden – nicht umsonst spielte der Agrarsektor beim 3. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum Ende November in Berlin (s. S. 6) eine zentrale Rolle.

Kasachstan: Mehr Unterstützung für den Agrarsektor

Kasachstan lernt sein Agrarpotenzial neu kennen – es soll zur Diversifizierung der Wirtschaft beitragen, Lebensperspektiven im ländlichen Raum bieten und Aushängeschild für Exporte aus Kasachstan werden. Der weiterhin schwache Tenge animiert zur verstärkten Suche nach Alternativen zu anderen Exportgütern, während die Erlöse für Erdöl und Gas stagnieren.

Im Zuge zahlreicher Umbesetzungen der Führungsebene des Agrarministeriums war im Dezember 2017 Umirsak Schukejew zum Minister und zugleich zum Vize-Pre-

mier ernannt worden. Zuvor war Schukejew CEO des Nationalen Wohlfahrtsfonds „Samruk-Kazyna“ mit einem geschätzten Vermögen von 78 Milliarden US-Dollar, der ganz oder teilweise eine Reihe von bedeutenden Unternehmen besitzt, darunter die Staatsbahn und -post, den Erdgas- und Ölproduzenten KazMunayGas und die Fluglinie Air Astana.

Wie die vergangenen Monate gezeigt haben, ist Schukejew im Vergleich zu seinen Vorgängern medial deutlich präsenter, gleichwohl fachlich versiert und mit dem klaren Auftrag versehen, Effizienz und Produktivität der Branche zu steigern. Vor diesem Hintergrund wird der Agrarsektor Kasachstans zukünftig verstärkt politische Unterstützung genießen.

Im schwierigen volkswirtschaftlichen Umfeld bleiben protektionistische Tendenzen spürbar. So wird ausländischen Landtechnikunternehmen weiterhin nahegelegt, in Kasachstan zu produzieren, auch wenn diese bereits Produktionsstätten in anderen Mitgliedsländern der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) aufgebaut haben, etwa in Russland. Trägt Kasachstan an dieser Stelle aktiv zur Dysfunktionalität der EAWU bei, leidet es an anderer Stelle am Fehlverhalten anderer Mitgliedsstaaten: Auf Druck russi-

scher und belarussischer Zuckerproduzenten wurden Vergünstigungen für den Zuckerimport aus Drittländern annulliert. Der Preis für Zucker, der nun nur noch aus der EAWU eingeführt werden soll, wird nach Schätzungen kasachischer Zuckerproduzenten für den Endverbraucher um 40 Prozent steigen – ein reelles Zuckerdefizit droht am Horizont.

Prinzipiell stehen die Zeichen in der Region auf Entwicklung: Die politische und wirtschaftliche Öffnung von Kasachstans Nachbar Usbekistan als bevölkerungsreichstem Land Zentralasiens bietet auch für Kasachstan neue Möglichkeiten. Beide Länder sind sich bewusst, dass sie miteinander mehr als gegeneinander erreichen. Umso wichtiger wird der Dialog zur zukünftigen Gestaltung der Agrarpolitik Kasachstans sein – die AG Agrarwirtschaft nutzte auch deswegen ihre Präsenz auf der ersten Deutsch-Kasachischen Agrarkonferenz Ende Oktober in Astana, um weitere Gesprächsangebote zu unterbreiten.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführer Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV



Der russische Vize-Agrarminister Gromyko (Mitte) im Januar 2018 auf der Grünen Woche mit dem Co-Vorsitzenden der AG Agrarwirtschaft Spill (re.)

Belt and Road – and Field?

Die chinesische Seidenstraßen-Initiative erstreckt sich zunehmend auch auf den Agrarbereich. Sie soll Chinas wachsenden Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten decken. Russland und Zentralasien spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die chinesische Konnektivitätsstrategie erweitert ihren Fokus auf die Agrarwirtschaft. Investitionsprogramme und die Stärkung agrarwirtschaftlicher Partnerschaften in den Partnerländern der „Belt and Road“-Initiative sind bereits in der Anwendung. Kernziel ist dabei die Diversifizierung der chinesischen Agrarimporte und der Ausbau von Märkten für agrarische Betriebsmittel – und damit eine Verringerung der Abhängigkeit von den USA.

Die „Belt and Road“-Initiative (BRI) gilt als Prestigeprojekt von Staatschef Xi Jinping. 2013 wurde sie während seines Besuchs in der kasachischen Hauptstadt Astana vorgestellt und erregt weltweit Aufsehen. Die Initiative sieht den Ausbau der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Vernetzung mit Ländern entlang zweier Hauptverkehrswege nach Europa vor. Hierzu zählt der Ausbau der Infrastruktur durch Zentralasien nach Europa („One Road“) sowie der Ausbau des Seehandels durch den Indischen Ozean und die Nord-Ost-Passage („One Belt“). Diese zwei grundsätzlichen Routen sind in sechs Korridore unterteilt: Drei davon betreffen Osteuropa und Zentralasien, drei weitere Süd- und Südostasien. Rund 80 Länder nehmen derzeit an der Initiative teil.

Geopolitische Strategie Chinas

Die BRI ist dabei nicht nur als wirtschaftliche Initiative zu sehen, sondern als Rahmenstrategie für Chinas Umgang mit internationalen Partnern. Zentrale Grundlage ist es, ein Netz von bilateralen Beziehungen zu schaffen, das China ins Zentrum stellt. China gibt sich als gleichberechtigter Kooperationspartner, nutzt jedoch in vielen bilateralen Projekten politische Druckmittel.

Dabei verfolgt China vorrangig geopolitische Interessen. Die Initiative gilt der ökonomischen Weiterentwicklung der westli-

chen Landesteile und der Stabilisierung der eigenen Grenzen. Weiterhin dient die Strategie dem Ausbau eigener „Soft-Power“-Kapazitäten durch globale Führungsstärke und den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig werden ökonomische Interessen bedient, wie die Nutzung von Überkapazitäten im Bausektor (Stahl, Zement) und die weitere Internationalisierung der nationalen Währung Renminbi. Zudem zielt die BRI darauf ab, Quellen für strategische Rohstoffe zu diversifizieren, und damit auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Zielsetzungen und regionaler Schwerpunkte betrifft die BRI längst nicht mehr nur den Infrastrukturausbau, sondern grundsätzliche Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, der Außenwirtschaftsförderung und auch der Agrarpolitik.

Zunehmende Kritik

Die Initiative stößt dabei zunehmend auf Kritik. Der Export des chinesischen kreditfinanzierten Wachstumsmodells mit steigenden Verschuldungsquoten bringt zunehmend Länder in finanzielle Engpässe – mit der Folge einer wachsenden Abhängigkeit von China. Weiterhin sehen westliche Länder die Etablierung chinesischer Standards im Bereich öffentliche Auftragsvergabe und Investitionsregelungen im Rahmen der BRI äußerst kritisch. Dazu kommen die mangelnde Transparenz und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten für internationale Investoren im Rahmen der BRI-Projekte. China nutzt zudem den Zugang zu seinem Agrarmarkt als direktes Druckmittel, wie Beispiele aus Südamerika zeigen.

Die sukzessive Ausweitung der BRI zeigt sich auch im Agrarbereich. Eine dezidierte Strategie wurde hierzu noch nicht vorgestellt, aber 2018 fanden die ersten BRI-Investitionskonferenzen zur Landwirtschaft

in China statt. Sie verdeutlichen, dass die Infrastrukturmaßnahmen nicht einem einseitigen Ausbau des Exports aus China, sondern auch der Versorgung der chinesischen Wirtschaft mit Rohstoffen und Agrargütern dienen. In der Konsequenz verknüpft China seine internationale Agrarpolitik zunehmend mit der BRI.

Günstiges Fleisch als Garant für sozialen Frieden

Chinas Agrarpolitik sieht sich – wie die vieler anderer Staaten – mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: Eine steigende Urbanisierungsrate und eine wachsende Nachfrage nach tierischen Proteinen trifft auf eine schrumpfende Anbaufläche. Grundsätzlich muss China 22 Prozent der Weltbevölkerung ernähren, verfügt jedoch nur über zehn Prozent der nutzbaren Anbaufläche. Zudem steigt der Anspruch chinesischer Kunden an die Nahrungsmitteldiversität und -qualität. Bereits heute ist eine steigende Importabhängigkeit von Früchten, Gemüse und Fleisch (Rind und Geflügel) zu beobachten.

Zusätzlich ist China als größter Produzent und Konsument von Schweinefleisch auf eine sichere Versorgung von Futtermitteln – vornehmlich Weizen und Soja – angewiesen. Zwar ist das Reich der Mitte bereits der größte Weizen- und Reisproduzent; dennoch müssen große Mengen importiert werden. Zudem hat Schweinefleisch in der chinesischen Ernährung eine herausragende Bedeutung, und steigende Einkommen erhöhen dessen Rolle. Preisgünstiges Schweinefleisch ist damit in China Garant für sozialen Frieden.

China ist somit auf Importe von Agrargütern zur Versorgung seiner inländischen Nachfrage angewiesen. Bislang waren die USA ein Hauptlieferant des Landes. Angesichts des bilateralen Handelskonflikts

strebt China aber eine Diversifizierung in der Agrargüterversorgung an und nutzt hierfür zunehmend die BRI-Partnerländer. Darüber hinaus stärkt China seine eigenen agrarwirtschaftlichen Produktionskapazitäten.

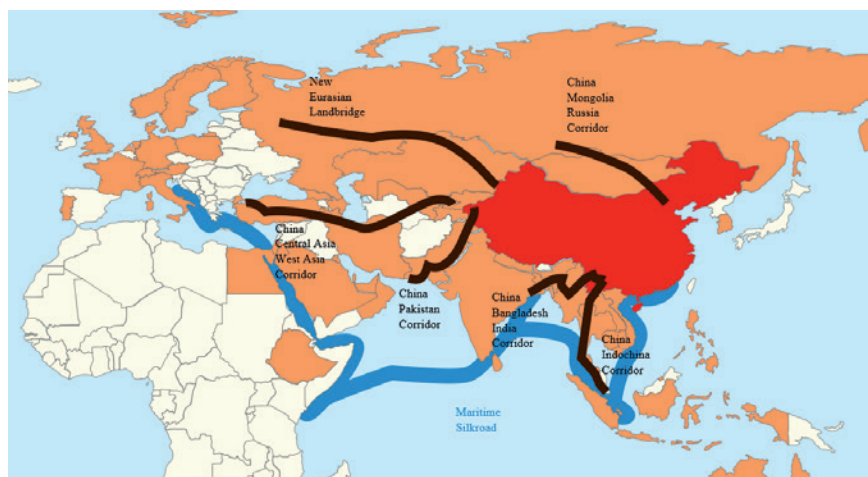
Ausbau der Agrarbeziehungen in Osteuropa

Im Fokus dieser Diversifizierungsbemühungen bei Getreide und Ölsaaten stehen dabei Russland und Kasachstan – aber auch andere asiatische Länder. In der Kooperation mit Russland gab es im vergangenen Jahr zahlreiche neue gemeinsame Initiativen, bei der Agrarförderung in Russlands Osten zusammenzuarbeiten. Der Startschuss wurde im Rahmen eines Treffens im März 2018 gegeben. Im September wurde ein gemeinsamer landwirtschaftlicher Entwicklungsplan für Nordostchina sowie den russischen Fernen Osten und die Baikalsee-Region final verhandelt. Ziel der Kooperation ist der Ausbau der Soja- und Weizenproduktion.

Als Startpunkt des BRI-Plans steht Kasachstan im Fokus des chinesischen Engagements. Im Agrarbereich ist das Land ein Partner Chinas mit zunehmender Bedeutung. Die kasachischen Exporte nach China haben sich seit 2013 verdoppelt. Eine Besonderheit des chinesisch-kasachischen Kooperationsmodells ist die abgestimmte Zusammenarbeit im Bereich der politischen Koordinierung und bei industriellen Projekten. Dieses Modell wird von der chinesischen Seite als Rollenmodell verstanden. Im November 2018 öffnete China seinen Markt für kasachische Gerste und Mais.

Weiterhin bestehen enge Verbindungen mit den zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan, um einen „grünen Kanal“ für Agrarprodukte nach China zu etablieren. Analoge Entwicklungen gibt es ebenfalls in Ländern Südostasi-

Chinas neue Seidenstraße



Quelle: Von Lommes – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=58884083>

ens und Afrikas. Ziel sind dort stets agrarisch geprägte Länder mit einem guten Zugang zum Seeweg.

Chinesische Firmen dominieren

In allen Plänen zur Entwicklung der Agrarwirtschaft treten dabei chinesische Staatsfarmen als Projektpartner auf. Die Kreditfinanzierung erfolgt ebenfalls mehrheitlich über chinesische Finanzierungsquellen, und die produzierten Güter sind primär für den Export nach China gedacht.

In den genannten vier zentralasiatischen Ländern wurden bereits chinesische Demonstrationssparks eingerichtet. Sie werden ebenfalls von Staatsfarmen betrieben und dienen neben der Produktion als Plattform für den wirtschaftlichen und politischen Dialog. Perspektivisch können diese Agrarbetriebsstätten als „Showroom“ für Agrarmaschinen und Betriebsmittel aus China genutzt werden. Diese Vorgehensweise fügt sich in die „Made-in-China 2025“-Strategie ein. Die unter anderem Agrarmaschinen und agrarische Betriebsmittel als Schlüsselindustriegüter Chinas definiert.

Die BRI bringt somit auch im Agrarsektor neue Impulse für die Entwicklung der Agrarwirtschaft in Russland und Zentralasien. Wie in allen Initiativen entlang der „Belt and Road“ ist es jedoch unklar, wie genau westliche Unternehmen davon profitieren können. Geschäftsperspektiven birgt es allemal.

Jan Wilhelm Ahmling

Geschäftsführer AG Agrarwirtschaft (Schwerpunktregion Asien) beim OAOEV

Bilaterale Demonstrationsparks in Zentralasien

- China-Tadjikistan agricultural cooperation demonstration park
- Uzbekistan Agriculture and Forestry Science and Technology Agro-Industrial Park (forestry)
- Kyrgyzstan Asia star agricultural cooperation zone
- China-Kazakhstan agricultural demonstration park

Digital gegen die Dürre

Die Klimaveränderung erhöht massiv die Risiken landwirtschaftlicher Produzenten im Pflanzenbau und in der Tierzucht. Digitale Technologien können helfen, die Folgen zu reduzieren.

Seit mehr als einem Jahrzehnt nehmen extreme Dürren weltweit zu. Dies stellt die Ernährungssicherheit und damit das Einkommen von Landwirten vor große Herausforderungen. Moderne Technologien der Datenerfassung und -auswertung können einen Beitrag dazu leisten, die Folgen zu reduzieren.

Zugang zu Wasser lebensnotwendig

Immer häufiger fügen Dürren der Lebensgrundlage der ländlichen Bevölkerung in ariden (trockenen) und semiariden Gebieten empfindlichen Schaden zu. So verursachten allein in Zentralasien die Trockenperioden in den Jahren 2001 bis 2003 und 2007 bis 2008 verheerende Dürren und zogen zahlreiche soziale und ökonomische Probleme nach sich: Mehr als 90 Prozent der Agrarflächen in Zentralasien benötigen künstliche Bewässerung. Das Überleben von 80 Prozent der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft arbeiten, hängt direkt vom Zugang zu Wasser ab. Auch in China und der Mongolei beeinträchtigen Dürren zunehmend die landwirtschaftliche Nutzung verfügbarer Flächen.

Bedingt durch das Klimaphänomen „El Niño“ kam es zudem zwischen 2015 und 2017 in über 20 Ländern zu Dürreperioden. Am schlimmsten traf es die degradierten Trockengebiete im östlichen und südlichen Afrika. Das Ganze weitete sich zur schlimmsten humanitären Katastrophe seit dem Ende des zweiten Weltkriegs aus, doch drang sie kaum in unser Bewusstsein.

Im Jahr 2018 waren in einem bislang unbekanntem Ausmaß auch gemäßigte Klimazonen wie Mitteleuropa von Dürreschäden betroffen. Diese Häufung extremer Wetterereignisse wird laut Prognosen des Weltklimarates IPCC zufolge auch in den nächsten Jahren in weiten Teilen der Welt zunehmen.

Bodenschutz als globales Nachhaltigkeitsziel

Regierungen, Wirtschaft und Wissenschaft weltweit sind bei der Minderung von Klimarisiken und der Abfederung extremer klimatischer Schocks gefordert. In der Agenda 2030 wurde der Bodenschutz unter dem „Sustainable Development Goal 15.3“ als globales Nachhaltigkeitsziel aufgenommen. Alle Länder sind dazu aufgefordert, die Wüstenbildung zu verhindern und Bodenverschlechterungen zu vermeiden. So hat etwa die deutsche Bundesregierung den Erhalt von fruchtbarem Boden als Zielsetzung in der Koalitionsvereinbarung genannt und entsprechende Beschlüsse der G20-Partner 2017 mit vorangetrieben.

Digitale Lösungen können helfen

Die Landwirtschaft ist im besonderen Maße von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. So sorgt eine zunehmende Desertifikation dafür, dass der Druck auf die sich ohnehin verringemde Anbaufläche steigt. Doch die Agrarwirtschaft ist nicht nur be-

troffen. Sie selbst kann durch effizientes Ressourcenmanagement, Bodenbearbeitungstechnologie und Züchtungsfortschritte einen Beitrag für eine verstärkte Klimaresilienz leisten.

Weiterhin bieten technische Neuerungen eine Möglichkeit, die Agrarwirtschaft an extreme Wetterereignisse anzupassen: Moderne Satelliten- und Radartechnik, der Einsatz von Drohnen und Programmen zur digitalen Auswertung sowie die Verknüpfung von Daten bieten viele Möglichkeiten. Allerdings ist man für marktbasierendes Klimamanagement ebenso wie für staatliches Eingreifen etwa zur Katastrophenhilfe immer auf exakte Ertragsinformationen angewiesen.

Liegen diese vor, können indexbasierte Agrarversicherungen als Form marktbasierendes Risikomanagements den Unternehmern finanzielle Absicherung im Fall von Ernteausfällen bieten. Zentrale Herausforderung ist hierbei eine zeitnahe Schadensmessung, um schnell und effizient Gegenmaßnahmen einleiten zu können.



Der Einsatz von Drohnen kann helfen, Klimafolgen zu reduzieren.

Die digitale Revolution bietet Lösungsmöglichkeiten, insbesondere durch verschiedene Formen der Datenerfassung, Verarbeitung und Kommunikation an die Landwirte. Während die Bandbreite der verfügbaren Technologien groß ist, bestehen sowohl in Schwellen- als auch in Industrieländern verschiedene Implementierungshindernisse - insbesondere in Fragen der Wirtschaftlichkeit, Datenverwendung und -sicherheit sowie Verfügbarkeit von technischer Infrastruktur. Neben strukturellen Implementierungshindernissen spielen auch kulturelle Aspekte eine große Rolle. Diese beeinflussen die Adaptionszeiträume von neuen Technologien.

Politik kann Anreize setzen

Die Politik kann hierbei wegweisende Anreize setzen, beispielsweise durch eine steuerliche Gleichstellung von Dürreversicherungen mit anderen Klimarisiko-Versicherungen oder die Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Einsatz moderner Drohentechnik. Weiterhin sind Investitionen in den Ausbau digitaler Infrastruktur sowie rechtliche Rahmenwerke für die Verwendung von Daten unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund lag die Entscheidung nahe, dass sich die Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) im Rahmen des kommenden Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) im Januar mit einer Pannediskussion zu diesem Thema engagiert: „Digital gegen die Dürre“ ist sie überschrieben. Hochrangige Gästen werden dort über digitale Lösungen im Umgang mit dem Klimawandel diskutieren.

Jan Wilhelm Ahmling

Geschäftsführer AG Agrarwirtschaft
(Schwerpunkregion Asien) beim OAOEV

Veranstaltungstipp: Digitaler Kampf gegen die Dürre – Neue Technologien und Herausforderungen ihrer Umsetzung

Freitag, 18. Januar 2018, 10.30-11.45 Uhr | CityCube Berlin, Ebene 3, MX

Das Fachpodium, das von der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und dem Deutsch-Chinesischen Agrarzentrum, veranstaltet wird, diskutiert digitale Lösungen zur Bewältigung von Ernteausfällen, die durch klimatische Veränderungen verursacht werden. Das Panel analysiert Implementierungshindernisse und diskutiert neue Ansätze und Erfahrungen. Ein Schwerpunkt der Debatte wird auf den Erfahrungen in der Ukraine, Südosteuropa, Zentralasien und China liegen. Aus dieser Perspektive sollten Schlussfolgerungen für andere Regionen der Welt gezogen werden.

Klimawandel gefährdet Getreidesektor in der Ukraine

Basierend auf aktuellen Daten analysieren Florian Schierhorn, Daniel Müller und Max Hofmann vom Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in der aktuellen Ausgabe der Ukraine-Analysen wie sich das Klima in der Ukraine verändert hat und wahrscheinlich verändern wird und wie der Klimawandel die Getreideproduktion in der Ukraine beeinflussen wird, wenn weitreichende Klimaanpassungen ausbleiben. Abschließend wird diskutiert, welche Klimaanpassungsmaßnahmen auf betrieblicher, wissenschaftlicher und politischer Ebene schwerpunktmäßig entwickelt beziehungsweise erforscht und gefördert werden sollten. Der Boom des ukrainischen Getreidesektors ist nach Ansicht der IAMO-Forscher durch den Klimawandel gefährdet. Zwar steigen die Erträge bis heute an, aber häufigere Extremwetterereignisse führen bereits zu stärkeren Ertragsschwankungen. Besonders besorgniserregend sind allerdings die Klimaprognosen, die darauf hindeuten, dass die Getreideerträge in den südlichen Hauptanbaugebieten deutlich sinken werden, wenn umfangreiche und effektive Anpassungen an den Klimawandel ausbleiben. Zwar haben die ukrainischen Landwirte vielfältige Möglichkeiten, ihre Produktionsweisen auf die sich verändernden Klimabedingungen einzustellen, allerdings muss dazu massiv in die Ausbildung und die Beratung der Landwirte investiert werden.

Auf politischer Ebene müssen zudem umfassende Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen, an den Klimawandel angepassten Produktionsweisen entwickelt werden. Bislang fehlen vielen Großbetrieben bei derzeitig relativ hohen Erträgen die Anreize zur Anpassung, den Kleinbauern das Wissen und die finanziellen Möglichkeiten. Zudem kann die staatliche Förderung der biologischen Landwirtschaft mit Blick auf das hohe Anpassungspotenzial an den Klimawandel und die günstigen Marktaussichten ausgebaut werden. Der Staat, aber auch die finanzstarken Großbetriebe müssen zudem in Forschung und Entwicklung im Bereich der Pflanzenzüchtung sowie in die veraltete Bewässerungsinfrastruktur investieren.

Die Ukraine-Analyse können Sie hier herunterladen:

laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen210.pdf

Russlands Aufstieg zum weltweit größten Weizenexporteur

Trotz zeitweiliger Exportbeschränkungen ist Russland zum größten Weizenexporteur der Welt aufgestiegen. Durch eine verbesserte Bewirtschaftung und die Inbetriebnahme stillgelegter Flächen könnte der Export noch deutlich ausgebaut werden.



PD Dr. habil. Linde Götz

Stellvertretende Leiterin der Abteilung Agrarmärkte am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), Halle (Saale)

Der russische Getreidesektor hat sich im Zuge der Transformation sehr erfolgreich entwickelt. Mit der Jahrtausendwende begann Russland erstmals Weizen auf den Weltmarkt zu exportieren. Der kontinuierliche Ausbau der Getreideproduktion und die Erhöhung des Exportanteils wurden durch die Abwertung des russischen Rubels um über 70 Prozent in Folge der Aufhebung der Wechselkursbindung und dem Übergang zu einem freien Wechselkursregime im November 2014 forciert.

Ein Fünftel der weltweiten Exporte

Im Landwirtschaftsjahr 2017/18 betrug die russische Weizenproduktion 85 Millionen Tonnen, und Russland avancierte mit einem Exportanteil von über 50 Prozent deutlich früher als allgemein erwartet zum weltweit größten Weizenexporteur mit einem Anteil von 21 Prozent an den weltweiten Weizenexporten.

Diese Entwicklung wurde auch durch wiederholte Beschränkungen der Getreideexporte seitens der russischen Regierung in Form von Exportsteuern – etwa eine 40-prozentige-Steuer im Jahr 2007/08 - und sogar eines Exportverbots (2010/11) nicht aufgehalten. Exportbeschränkungen zielen auf die Dämpfung der Preisinflation bei Nahrungsmitteln, deren Wirksamkeit jedoch gerade bei Brot infolge des geringen Kostenanteils von Weizen an den Brotproduktionskosten höchst fraglich ist. Hingegen sind Getreideproduzenten und -händler von starken Einkommenseinbußen betroffen, da diese nicht von höheren Weltmarktpreisen profitieren können, während die Fleischproduzenten Profiteure der niedrigeren Produktionskosten sind.

Abgelegene Ackerflächen

Charakteristisch für die russische Getreideproduktion ist die Verteilung über eine große Fläche, die sich durch unterschiedliche Klimabedingungen und große Entfernungen auszeichnet. Während die wichtigste Produktionsregion Nordkaukasus/Südrussland direkten Zugang zu den Häfen am Schwarzen Meer hat, sind die abgelegenen Ackerflächen in Westsibirien bis zu 5.000 Kilometer vom Schwarzen Meer entfernt. Hinzu kommen ausgeprägte Produktionsschwankungen als Folge der Klimabedingungen, die zu großen regionalen Ernteeinbußen, von bis zu 60 Prozent beispielsweise in der Wolgaregion (2010/2011) führen.

Es ist aber zu erwarten, dass die Erträge der russischen Getreideproduktion zukünftig durch die technologische Verbesserung von Maschinen, die Verwendung von Hybrid-Saatgut und moderne Bewirtschaftungsmethoden weiter gesteigert werden. Zusätzlich verfügt Russland über ungenutzte Brachflächen, die zu Zeiten der Sowjetunion bewirtschaftet und im Laufe der Transformation aus der Bewirtschaftung heraus-

genommen wurden. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge lassen sich die Getreideerträge in Russland zukünftig auf durchschnittlich drei bis fünf Tonnen pro Hektar steigern und die genutzte Ackerfläche durch Wiederbewirtschaftung aufgebener Flächen im Umfang von über 40 Millionen Hektar auf über 120 Millionen Hektar vergrößern. Daraus ergibt sich ein Produktionspotenzial bei Getreide von 120 bis 160 Millionen Tonnen insgesamt, was ungefähr einer Verdopplung der Getreideproduktion 2017/18 entspricht.

Binnenmarkt schlecht entwickelt

Jedoch sind gerade diejenigen Regionen mit großem zusätzlichem Produktionspotenzial sehr weit von den Häfen am Schwarzen Meer und damit vom Zugang zum Weltmarkt entfernt. Der innerrussische Weizenmarkt zeichnet sich jedoch durch eine schlecht entwickelte Marktinfrastruktur, hohe Handelskosten und fehlende funktionierende Warenterminmärkte aus. Infolgedessen sind die Preisunterschiede zwischen den Produktionsregionen zum Teil sehr groß, und die Preisentwicklung in den weiter entfernt liegenden Regionen sind vom Marktgeschehen im Schwarzmeerraum quasi separiert. Getreideexporte aus Westsibirien und der Ural-Region werden regelmäßig durch Transportsubventionen der Regierung unterstützt. Daher ist bei gegebenen Marktbedingungen das Exportpotenzial deutlich niedriger einzuschätzen als das Produktionspotenzial.

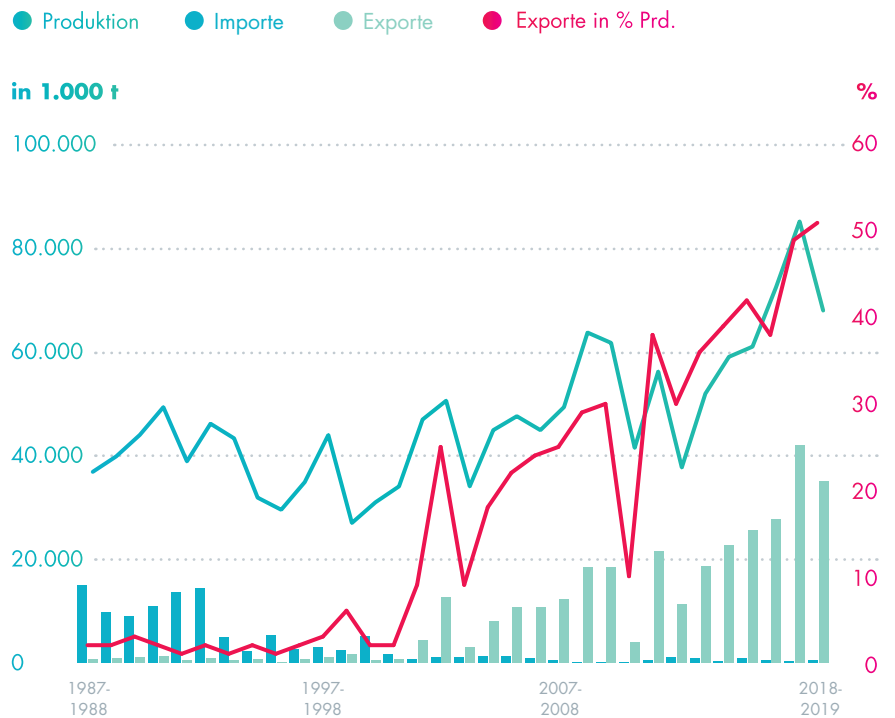
Dennoch vermochten russische Getreideexporte insbesondere die USA und Frankreich von wichtigen Exportmärkten zu verdrängen. So konnte Russland in den letzten Jahren seinen Anteil an den Weizenimporten der ägyptischen Importorganisation GASC auf über 70 Prozent ausbauen, während die USA und Frankreich nur noch selten als Bieter im Tender-Verfahren erfolgreich wa-

ren. Neben Ägypten, dem wichtigsten Importeur von russischem Getreide, konzentriert sich der Getreideexport Russlands auf die Türkei, Nordafrika, den Mittleren Osten sowie weitere afrikanische Länder.

Rubel-Kurs beeinflusst Wettbewerb

Die zukünftige Entwicklung der russischen Weizenexporte und deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wird stark von der Entwicklung des Rubel-Kurses beeinflusst. Eine umfassende Erholung des Wechselkurses und die damit einhergehenden Aufwertung ist nur bei einem nachhaltigen Anstieg des Rohölpreises zu erwarten. Ein starker Rubel würde die gegenwärtig nahezu konkurrenzlose Wettbewerbsfähigkeit russischer Getreideexporte deutlich reduzieren und die Position deutscher und europäischer Getreideexporteure auf den Weltmärkten wieder verbessern.

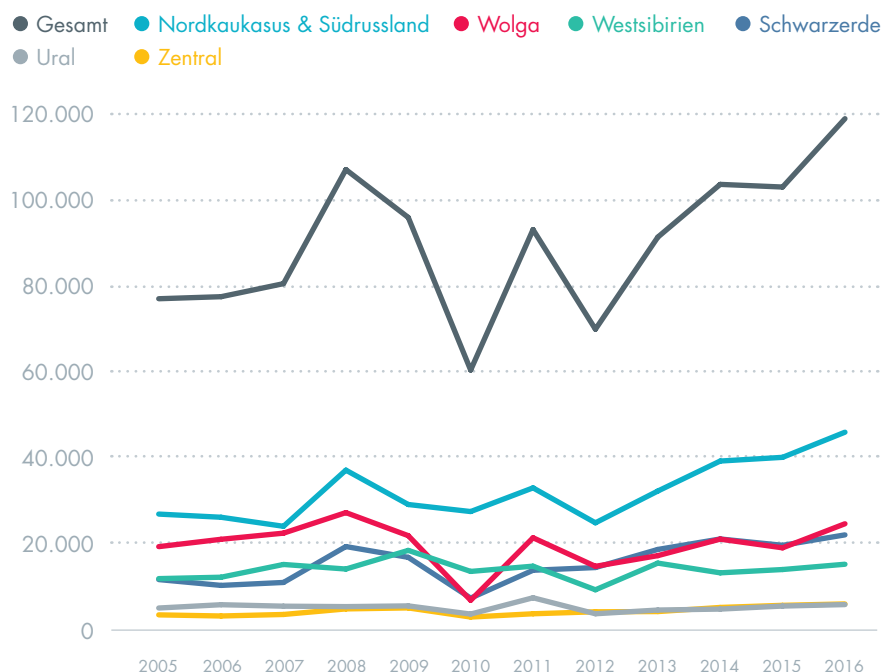
Entwicklung der russischen Weizenproduktion und -exporte



Der Beitrag berichtet über die Ergebnisse des IAMO-Projekts „Analyse der Strategie der Russischen Föderation zum Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion“ (STARLAP), das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) finanziert wurde. Das Projekt zielte auf die Untersuchung der Auswirkungen der russischen Agrar- und Handelspolitik auf den Agrar- und Ernährungssektor Russlands sowie dessen Rückwirkungen auf die EU und Deutschland.

<https://www.iamo.de/forschung/projekte/details/starlap/>

Regionale Getreideproduktion in Russland (in 1.000 t.)



Quelle Grafiken: Eigene Darstellung, Daten: Rosstat, 2018.

Umfrage: Sanktionen bremsen Erholung der russischen Wirtschaft

Die Einschätzung des Geschäftsklimas durch die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft und der Ausblick auf das kommende Jahr haben sich eingetrübt. Wechselkurs und Sanktionen sind die größten Störfaktoren.

Mit wachsenden Sorgen blicken die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft auf 2019: Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Geschäftserwartungen deutlich eingetrübt. Zu den großen Risikofaktoren gehören neben dem volatilen Wechselkurs des Rubels die Sanktionen gegen Russland. Dies sind die zentralen Ergebnisse der 16. Geschäftsklima-Umfrage des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins (OAOEV) und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK), deren Ergebnisse Mitte Dezember vom Vorsitzenden der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms und dem AHK-Vorstandsvorsitzenden Matthias Schepp in Moskau vorgestellt wurden.

Geschäftsklima trübt sich ein

Die Einschätzung des aktuellen Geschäftsklimas durch die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft ist im Vergleich zur Vorjahresumfrage deutlich verhaltener: Nur 32 Prozent der Befragten beurteilt die Entwicklung des Geschäftsklimas seit Anfang 2018 leicht positiv oder positiv. In der Vorjahresumfrage waren es 63 Prozent. 30 Prozent der Befragten schätzen das Geschäftsklima unverändert ein. 38 Prozent der Unternehmen beobachteten dagegen eine negative oder leicht negative Veränderung des Geschäftsklimas in Russland im Jahr 2018 (Vorjahr: 16 Prozent).

Fast 60 Prozent der befragten Unternehmen befürchten zudem im kommenden Jahr eine Stagnation (36 Prozent) oder Verschlechterung (23 Prozent) der russischen Wirtschaft. Optimistisch sind nur noch 41 Prozent. Bei der Vorjahresumfrage hatten noch fast 80 Prozent der Befragten auf einen Aufschwung in Russland gesetzt.

„Die Verunsicherung durch eine mögliche neue Zuspitzung der politischen Konflikte und weitere Sanktionsrunden der USA ist mit Händen zu greifen“, sagte Michael

Harms bei der Vorstellung der Ergebnisse. „Das Potenzial der russischen Wirtschaft bleibt aber ungeheuer groß. Sollte sich der Konflikt mit dem Westen endlich lösen und der Aufbau eines Mittelstands vorankommen, würde Russlands Wirtschaft schnell einen echten Aufschwung erleben.“

Exporteure wenig optimistisch

Wenig optimistisch für 2019 sind auch die nach Russland exportierenden Unternehmen: „Während die deutschen Importe aus Russland aktuell wachsen, erwarten wir bereits für 2018 leichte Einbußen bei den deutschen Exporten nach Russland. Dies liegt unter anderem am niedrigen Rubel-Kurs, der deutsche Waren tendenziell verteuert“, sagte Harms. „Auch die Exportaussichten für 2019 sind leider getrübt: Nur 30 Prozent der Befragten erwarten im nächsten Jahr Exportzuwächse, eine klare Mehrheit rechnet mit Stagnation oder Rückgängen.“

Dazu passt, dass laut Umfrage fast zwei Drittel der befragten Unternehmen den Wechselkurs als derzeit größten Störfaktor im Russland-Geschäft bezeichnen. Knapp dahinter folgen die US- und EU-Sanktionen, die von jeweils gut der Hälfte der Unternehmen als große Belastung eingestuft werden. Vor dem Hintergrund der Importsubstitutionspolitik gibt es in Russland zudem zunehmend protektionistische Hürden für ausländische Unternehmen. Nur 36 Prozent der befragten Unternehmen sehen sich davon nicht betroffen. Protektionistische Tendenzen nehmen die Unternehmen insbesondere in Form von Lokalisierungsanforderungen, bei öffentlichen Ausschreibungen, Einfuhrbeschränkungen und Genehmigungsverfahren wahr.

Umsätze steigen weiter

Ungeachtet dieser verhaltenen Einschätzungen sowie der Störfaktoren sind die deut-

schon Unternehmen im Russland-Geschäft mit ihrer eigenen Geschäftslage mit großer Mehrheit zufrieden. 41 Prozent bezeichnen die eigene Geschäftslage in Russland als gut oder sehr gut. Das sind zwar sieben Prozentpunkte weniger als 2017, aber immer noch deutlich mehr als vor drei Jahren (16 Prozent). 47 Prozent der Befragten bewerten ihre Geschäftslage mit befriedigend (Vorjahr: 39 Prozent). Lediglich 13 Prozent der Befragten bezeichnen ihre Geschäftslage als schlecht oder sogar sehr schlecht (Vorjahr: 14 Prozent). Vor drei Jahren gaben dies noch 38 Prozent an. Die überwiegende Zufriedenheit mit der eigenen Geschäftslage spiegelt sich in der Umsatzentwicklung der Unternehmen wieder: Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten konnten ihren Jahresumsatz 2018 ausbauen.

Was die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen betrifft, sind diese im Vergleich zur Vorjahresumfrage zurückhaltender geworden: Nur noch ein Drittel der befragten Firmen plant, künftig mehr Mitarbeiter in Russland zu beschäftigen (Vorjahr: 41 Prozent). Die Investitionsbereitschaft ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. 30 Prozent der befragten Unternehmen wollen in den kommenden zwölf Monaten in Russland investieren (Vorjahr: 32 Prozent). Die geplanten Investitionen belaufen sich zusammen auf über 628 Millionen Euro, deutlich mehr als im Vorjahr.

US-Sanktionen bereiten Probleme

Die Beeinträchtigung ihres Geschäfts durch die 2014 eingeführten Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland ist weiterhin ein großes Thema für die Unternehmen: Die Befragten wünschen sich erneut mit überwältigender Mehrheit (95 Prozent) einen Abbau der Sanktionen. Dabei votieren mit 52 Prozent gut die Hälfte der Befragten für einen schrittweisen Abbau (Vorjahr: 57 Pro-

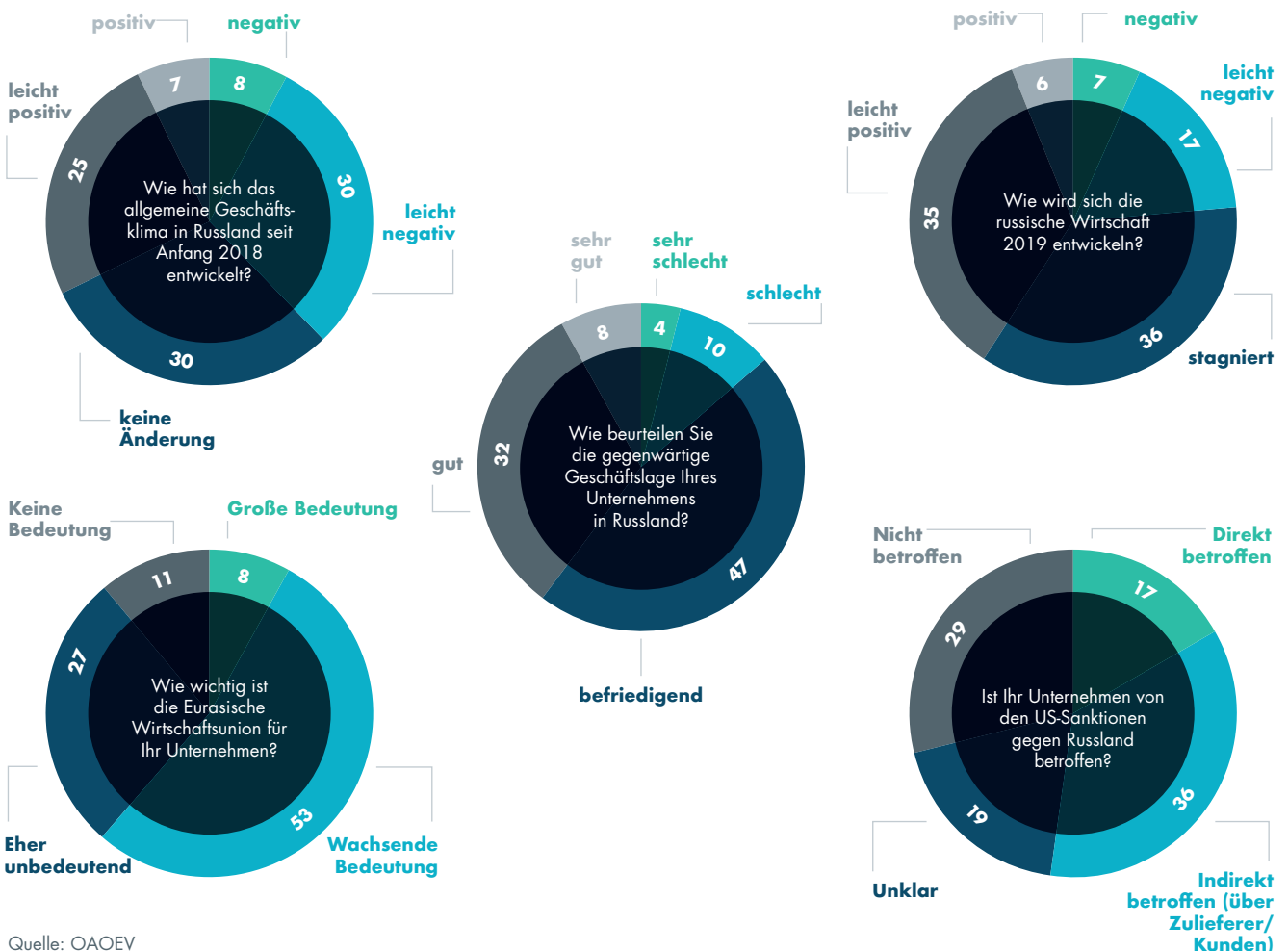
zent). 43 Prozent sprechen sich für die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen aus, etwas mehr als ein Jahr zuvor (37 Prozent). Hinsichtlich der konkreten Auswirkungen der EU-Wirtschaftssanktionen leiden die Unternehmen in diesem Jahr an erster Stelle unter dem Verbot wirtschaftlicher Aktivitäten mit und auf der Krim. Sanktionsbedingte Probleme betreffen zudem unverändert Finanzierungen.

Zunehmende Probleme bereiten den deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft die US-Sanktionen. Über die Hälfte der Be-

Geschäftsklima-Umfrage 2019

Der OAOEV und die AHK Russland haben im November 2018 zum 16. Mal ihre jährliche Umfrage zum Geschäftsklima in Russland unter deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft durchgeführt. Schwerpunkte waren die unternehmerischen Rahmenbedingungen vor Ort, die aktuellen Geschäftseinschätzungen der Unternehmen und deren Erwartungen an die zukünftige Konjunktur- und Geschäftsentwicklung, aber auch die möglichen Auswirkungen der US-Sanktionen gegen Russland sowie die Beurteilung der EU-Sanktionen und deren Folgen. Insgesamt 168 Unternehmen haben sich an der Umfrage beteiligt. Diese haben zusammen fast 142.000 Beschäftigte in Russland und setzten im Jahr 2018 fast 23 Milliarden Euro in der Russischen Föderation um.

Die vollständigen Umfrageergebnisse finden Sie unter www.oaev.de



Quelle: OAOEV

fragten sehen sich inzwischen direkt oder indirekt davon betroffen, nur ein Drittel spürt bislang keine Auswirkungen. „Weiterhin überlegt nur eine kleine Gruppe von Unternehmen aufgrund der US-Sanktionen ihre Aktivitäten in Russland zurückzufahren, jedes dritte Unternehmen will das Russlandgeschäft weiter ausbauen“, sagte Harms. „Die Mehrzahl der Unternehmen wartet allerdings ab, wie sich die Lage entwickelt. Ein politischer Entspannungsprozess würde hier sehr helfen. Auch Moskau ist aufgerufen, hier entsprechende Schritte zu machen.“

Uneins über Blocking-Statut

Im Fall der US-Sanktionen gegen den Iran hat die EU mit einem Blockade-Statut europäischen Unternehmen die Umsetzung von US-Sanktionen verboten. Die Unternehmen wurden dazu befragt, ob dies auch ein Vorbild für den Umgang mit den US-Sanktionen gegen Russland sein könnte. Hier ist deren Meinung geteilt: 40 Prozent von ihnen sprechen sich für ein Blocking-Statut der EU auch im Fall Russlands aus. 39 Prozent sind dagegen und votieren dafür, dass die EU Ausnahmen für EU-Unternehmen verhandelt. Ein Fünftel der Befragten zeigt sich generell skeptisch, dass die EU sich gegen US-Sanktionen wehren kann.

Um US-Sanktionen im Finanzsektor zu umgehen, wird über den Aufbau eines Dollar-unabhängigen Zahlungssystems diskutiert. Zwei Drittel der befragten Unternehmen stehen der Idee positiv gegenüber: 46 Prozent sehen ein solches Zahlungssystem als echte Alternative an, und immerhin ein Fünftel der Befragten nutzt solche Systeme sogar schon. Ein Viertel hält solch ein System nur in Nischen und bei kleineren Projekten für praktikabel. Zehn Prozent halten es für ihr Unternehmen für ungeeignet.

EAWU wird wichtiger

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind vor allem wegen des Ukraine-Konflikts angespannt. Daran hat sich nach Auffassung der befragten Unternehmen in den letzten zwölf Monaten wenig geändert. Nach Ansicht von 54 Prozent hat die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in den vergangenen zwölf Monaten stagniert (Vorjahr: 57 Prozent). Immerhin 31 Prozent nehmen eine Verbesserung war (Vorjahr: 27 Prozent). Das Thema Visaerleichterungen ist nach Ausbruch des Ukraine-Konflikts von der Tagesordnung verschwunden. Die befragten Unternehmen wünschen sich mit 89 Prozent aber nahezu einhellig den Abbau von Visa-Schranken.

Die Bedeutung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), zu der neben Russland auch Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan gehören, nimmt für die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft weiter zu: Für unverändert acht Prozent der Befragten hat die Organisation bereits große Bedeutung, über die Hälfte sieht inzwischen eine wachsende Bedeutung (Vorjahr: 44 Prozent). Vor zwei Jahren hatten noch fast drei Viertel der Befragten angegeben, dass die EAWU keine Auswirkungen auf ihr Geschäft habe. In diesem Jahr halten lediglich 28 Prozent die EAWU für eher unbedeutend für das eigene Geschäft, nur für elf Prozent hat sie keine Bedeutung.

IT gewinnt an Bedeutung, Autoindustrie steigt ab

Das Marktpotenzial, die Umsatz- und Gewinnaussichten, der Modernisierungs- und Diversifizierungsbedarf und mit etwas Abstand das Konsumverhalten werden von den deutschen Unternehmen unverändert als größte Vorteile des russischen Marktes betrachtet. Als größten Nachteil bewerteten über die Hälfte der Befragten weiterhin die Finanzierungs-

möglichkeiten. Als Nachteile nennen jeweils mehr als 40 Prozent der Befragten zudem die Infrastruktur, technische Standards und Normen sowie die Zollabwicklung.

Die Landwirtschaft und die Ernährungsindustrie werden von den deutschen Unternehmen unverändert als die wachstumsstärksten Branchen in Russland eingeschätzt (56 Prozent der Befragten). Auf Rang zwei kletterte in diesem Jahr der Sektor IT/Telekommunikation, der von 52 Prozent als aussichtsreichster Sektor bewertet wurde. In der Vorjahresumfrage rangierte er noch auf Platz sechs. Mehr als ein Drittel der Befragten erwartet auch im Maschinen- und Anlagenbau und im fossilen Energiesektor starkes Wachstum. Klarer Absteiger ist die Automobilindustrie, die nur noch 16 Prozent der Befragten (Vorjahr: 34 Prozent) als Zukunftsbranche nannten und die dadurch von Rang drei auf Platz zehn rutschte. Am unteren Ende rangieren erneut der Einzelhandel sowie Consulting und Beratungsdienstleistungen, denen jeweils von weniger als einem Zehntel der Befragten stärkeres Wachstum zugetraut wird.

Moskau bleibt unangefochten vorne

Wie jedes Jahr wurden die Unternehmen nach den fünf russischen Regionen gefragt, die ihrer Meinung nach das beste Investitionsklima aufweisen. Das Quintett an der Spitze blieb gegenüber den beiden Vorjahren unverändert, allerdings in veränderter Reihenfolge. In der Gunst der deutschen Investoren steht die Stadt Moskau weiter unangefochten an der Spitze. St. Petersburg verdrängte die Republik Tatarstan von Platz zwei, die zudem noch vom Gebiet Moskau überholt wurde.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

Mazedonien: Neuer Landesname öffnet Türen

Mit der sich abzeichnenden Lösung des Namensstreits mit Griechenland rückt die Aufnahme von Beitrittsgesprächen zwischen der EU und Mazedonien näher. Eine OAOEV-Delegation informierte sich im November über das wirtschaftliche Potenzial des Balkanstaats.

Ende November reiste eine Unternehmensdelegation unter Leitung von OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms in die mazedonische Hauptstadt Skopje. An der Reise nahmen rund ein Dutzend Unternehmensvertreter unter anderem aus dem Energiesektor, der Automobilindustrie, der IT und Telekommunikation sowie aus dem Konsumgüterbereich teil. In Gesprächen mit Premierminister Zoran Zaev, Vize-Premierminister Kocho Angjushev und Finanzminister Dragan Tevdovski wurden die aktuelle wirtschaftliche Lage Mazedoniens und die Perspektiven der deutsch-mazedonischen Wirtschaftszusammenarbeit erörtert.

Unter besonderen Vorzeichen

Die Reise war bereits frühzeitig in die Planung aufgenommen worden, fand aber schließlich unter ganz besonderen Vorzeichen statt. Nachdem Premierminister Zaev im Juni mit dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras das sogenannte Prespa-Abkommen zur Lösung des Namensstreits unterzeichnet hatte, ist das Balkanland so nah wie nie zuvor an der Lösung der noch bestehenden Blockaden zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen und dem NATO-Beitritt. Auch wenn das Referendum zur Annahme des Abkommens Ende September scheiterte, da das notwendige Quorum für die Gültigkeit nicht erreicht wurde, ist der Prozess zur Umsetzung in vollem Gang. Mitte Oktober stimmte das Parlament mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit für das Abkommen. Die notwendigen Verfassungsänderungen sollen in Kürze durch das Parlament verabschiedet werden.

Im Namen der Delegation gratulierte OAOEV-Geschäftsführer Harms Premierminister Zaev zu diesem wichtigen Abkommen und unterstrich, dass die Lösung des Namensstreits aus Sicht der deutschen Wirtschaft eine neue Dynamik für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit



OAOEV-Delegation im Gespräche mit Premier Zaev und Vize-Premier Angjushev

sich bringen und hoffentlich zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der EU im Juni führen werde. Bereits jetzt entwickelt sich die Wirtschaft des Landes gut. Nach Schätzungen der EBRD wuchs die Wirtschaft im Vorjahr um zwei Prozent und soll im laufenden Jahr um drei Prozent zulegen.

Mazedonischer Exportüberschuss

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Mazedoniens. Rechnet man die aktuellen Zahlen des bilateralen Warenaustauschs hoch, könnte 2018 die Vier-Milliarden-Euro-Marke im Handel gefallen sein. Bereits in den ersten neun Monaten 2018 lag der Wert der gehandelten Waren bei knapp drei Milliarden Euro, was einer Steigerung um 18,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Besonders markant ist dabei der mazedonische Exportüberschuss: Den nach Deutschland exportierten Waren im Wert von 2,1 Milliarden Euro stehen Importe im Wert von rund 882 Millionen Euro gegenüber.

Den Besuch in Mazedonien nutzte die Delegation, der auch der Delegierte der deutschen Wirtschaft in Mazedonien Patrick

Martens angehörte, für weitere Termine. So bildete ein Briefing durch den deutschen Botschafter Thomas Gerberich den Auftakt des Besuches, bei dem dieser über die politische und wirtschaftliche Lage des Landes unterrichtete. Ein wichtiger Baustein zur Vorbereitung der politischen Gespräche war auch der Besuch in der mazedonischen Wirtschaftskammer.

In Veles hatte die Delegation Gelegenheit, beim Besuch des Unternehmens Marquardt aus erster Hand Informationen zu Investitionsmöglichkeiten und den Herausforderungen unternehmerischen Engagements in Mazedonien aus Sicht eines deutschen Investors zu erhalten. Den Abschluss des Abends bildete ein Gespräch mit einem mazedonischen Unternehmer, der die Delegation über die Chancen in Mazedonien und der Region informierte.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

Schlüsselpartner der deutschen Wirtschaft

Innerhalb von 30 Jahren sind Polen und Ungarn zu Schlüsselpartnern der deutschen Wirtschaft avanciert – und 2019 zeichnet sich eine weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit beiden Ländern ab.

Polen und Ungarn belegten im weltweiten Ranking der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik 2017 mit einem bilateralen Außenhandelsvolumen von 111 Milliarden Euro (Polen) beziehungsweise 51 Milliarden Euro (Ungarn) den siebten beziehungsweise 14. Platz. Zwischen Januar und September 2018 stieg der deutsche Warenaustausch mit Polen um 7,8 Prozent und mit Ungarn um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Polen könnte bald sogar in die Top Fünf der deutschen Außenhandelspartner vorstoßen.

Schätzungen der Europäischen Kommission zu Folge gehören beide Länder zu den Wachstumsmotoren in der EU. Polen wird für 2018 ein Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent prognostiziert, nach Irland und Malta das dritthöchste innerhalb der EU. Die ungarische Wirtschaft soll 2018 um 4,3 Prozent gewachsen sein. Damit liegt die Prognose

deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 von 2,2 Prozent.

Potenzial früh erkannt

Deutsche Unternehmen haben das wirtschaftliche Potenzial Polens und Ungarns, namentlich die günstige geographische Lage, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die gut ausgebildeten Fachkräfte sowie stabile rechtliche Rahmenbedingungen, früh erkannt. Das geschäftliche Engagement wurde insbesondere nach dem EU-Beitritt der Länder 2004 kontinuierlich ausgebaut. Schätzungen der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer (AHK Polen) zufolge, beläuft sich die Zahl der geschäftlich aktiven deutschen Unternehmen in Polen auf 6.500, in Ungarn sind es nach Angaben der dortigen AHK 3.500. Trotz dieser eindrucksvollen Entwicklung stehen Unternehmen in beiden Ländern

vor zahlreichen Herausforderungen, die auch während der Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises Mitteleuropa im Oktober angesprochen wurden. Dazu gehören der sich verschärfende Fachkräftemangel und die offene Frage nach der künftigen Ausgestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU sowie dessen Auswirkungen auf Polen und Ungarn. Die Unternehmen schätzen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern aber weiter als sehr positiv ein und rechnen mindestens mittelfristig mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten.

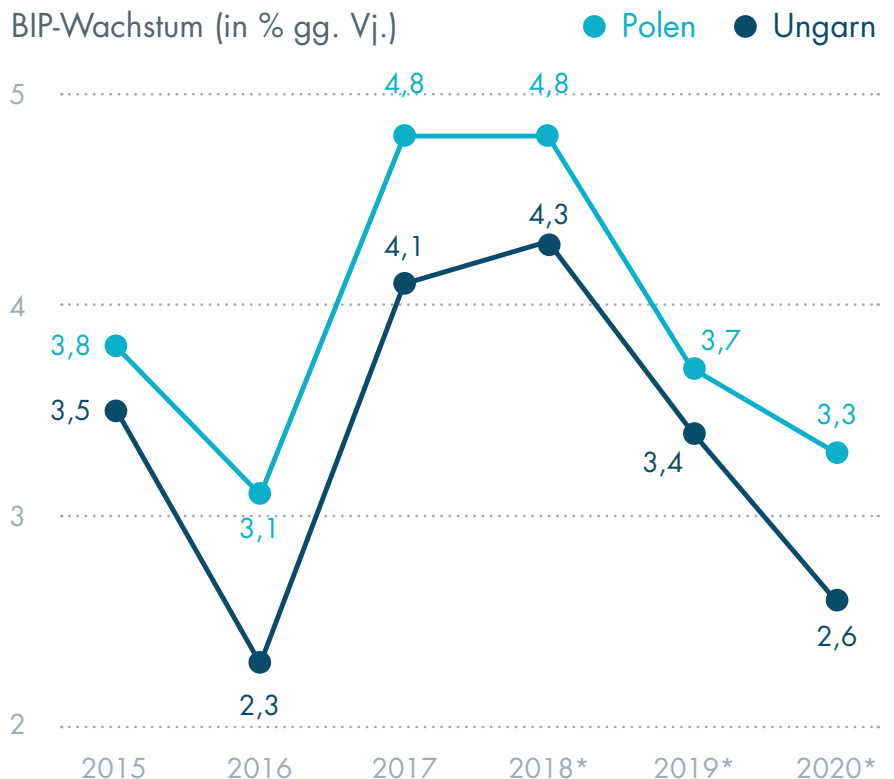
Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mitteleuropa im OAOEV

Die nächste Sitzung des Länderkreises Mitteleuropa findet am 21. Februar in Berlin statt. Im Fokus werden die Slowakei und Tschechien stehen.

Deutsche Investitionen

Ein Großteil der deutschen Investitionen in Polen und Ungarn fließt in das produzierende Gewerbe, in dem die Automobilindustrie mit Daimler, Volkswagen und künftig auch BMW samt Zulieferern zum Beispiel im ungarischen Debrecen sehr stark vertreten ist. In beiden Ländern entstehen vermehrt Forschungs- und Entwicklungszentren für die Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts wie autonome Fahren und Elektromobilität. Auch die Überlegung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier für eine gemeinsame deutsch-polnische Batteriezellenproduktion spiegeln die Bedeutung Polens mit Blick auf zentrale Wirtschaftsthemen wider.



Quelle: Europäische Kommission, (P)=Prognose

OAOEV in Kürze



Der OAOEV-Vorsitzende Wolfgang Büchele und Geschäftsführer Michael Harms nahmen im Dezember an der 38. Sitzung der Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen in Berlin teil, die vom Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Ulrich Nussbaum und dem russischen Vize-Minister für wirtschaftliche Entwicklung Azer Talybov geleitet wurde.

Neues Praktikumsprogramm für Usbekistan

Der OAOEV führt in Kooperation mit der Stiftung „El-Yurt Umidi“ beim Ministerkabinett der Republik Usbekistan erstmals ein Praktikantenprogramm für 25 bis 30 usbekische Masterstudenten durch. Die Bewerbungsphase für das „Praktikumsprogramm

der Deutschen Wirtschaft für Usbekistan“ lief bis Mitte Dezember. Antrittstermin für die dreimonatigen Praktika in Unternehmen in Deutschland ist Anfang Mai. Das Programm bietet deutschen Unternehmen eine Möglichkeit, hochqualifizierte usbekische Nachwuchskräfte kennenzulernen. Nach ihrem Aufenthalt in Deutschland kehren die Praktikanten nach Usbekistan zurück und können dort ihr erworbenes Wissen und ihre Fähigkeiten praktisch anwenden. Die gewonnenen Erfahrungen und Kontakte stärken die wirtschaftliche Entwicklung und fördern die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit mit Deutschland.

Armeniens Präsident traf deutsche Unternehmen

Ende November traf der armenische Präsident Armen Sarkissjan im Rahmen eines vom OAOEV in Kooperation mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft organisierten Frühstücks deutsche Unternehmen in Berlin. Armenien bietet in vielen Bereichen gute Optionen für ein wirtschaftliches Engagement und sieht sich als Treiber, Hub und Brücke der digitalen Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft. Eine besondere Rolle spielen IT-Sektor, Bergbau und Agrar-sektor. Der OAOEV wird den Dialog im

Rahmen einer Delegationsreise im Frühjahr 2019 nach Jeriwan aktiv fortsetzen, kündigte OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia im Rahmen des Frühstücks an.

Osteuropa-Salon mit Klaus Mangold

Ende November fand der 20. Osteuropa-Salon am Brandenburger Tor statt, den der OAOEV und die Commerzbank seit 2012 gemeinsam ausrichten. Gesprächspartner zum Jubiläum waren Klaus Mangold, Vorsitzender des Aufsichtsrats von TUI und Knorr-Bremse und langjähriger Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (2000 – 2010), sowie Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitautor eines Positionspapiers zu einer neuen sozialdemokratischen Entspannungspolitik. Gesprächsthemen der bis auf den letzten Platz gefüllten Tafelrunde waren die aktuelle Lage deutscher Unternehmen in Osteuropa und die Ost-Politik der Bundesregierung im Spannungsfeld internationaler Krisen. Dabei sorgte insbesondere der ukrainisch-russische Konflikt im Asowschen Meer für Diskussionsstoff.

Armenischer Botschafter beim Arbeitskreis Südkaukasus

Mitte Dezember fand in Berlin die jährliche Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises Südkaukasus statt. Als Ehrengast informierte der armenische Botschafter Ashot Smbatyan über die aktuelle Situation im Land vor dem Hintergrund der jüngsten Parlamentswahlen und der Regierungsbildung. Vertreter des Auswärtigen Amtes und von Berlin Economics ergänzten mit Analysen zur politischen und wirtschaftlichen Situation der drei südkaukasischen Länder. Auch im Jahr 2019 wird der OAOEV in den Ländern präsent sein. Den Auftakt dazu macht eine dreitägige Reise nach Armenien Anfang März. Am Ende der Sitzung stellten Matthias Dornfeldt und Enrico Seefeld ihr Buch „Deutschland und Georgien: Die Geschichte der amtlichen Beziehungen“ vor.



Präsident Sarkissjan beim Frühstück mit Unternehmensvertretern

„Teil der Gemeinschaft und der Region.“

Der saarländische Einzelhandelskonzern Globus wagte bereits 1996 den Sprung nach Osteuropa. Thomas Bruch, Geschäftsführer des OAOEV-Neumitglieds Globus Holding, spricht im Interview über die Erfahrungen in der Region und die aktuellen Herausforderungen.



Thomas Bruch

Geschäftsführer der Globus Holding GmbH & Co. KG

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Globus wurde 1828 von meinem Urgroßvater als Kolonialwarenhandlung in St. Wendel im Saarland gegründet. Daraus entwickelte sich bald eine Großhandlung und in den 1950er Jahren ein Cash + Carry-Markt. Mein Vater lernte dann in den 1960er Jahren in Amerika die ersten Selbstbedienungsmärkte kennen. Nach diesem Vorbild eröffnete 1965 in Homburg-Einöd das erste Globus SB-Warenhaus wie wir es heute kennen. Neben 46 SB-Warenhäusern in Deutschland gehören heute zur Globus-Gruppe 97 Bau- und Elektrofachmärkte in Deutschland sowie in Tschechien und Russland 28 Hypermärkte.

Wir betrachten uns als produzierenden Händler, damit unterscheiden wir uns von der übrigen Handelslandschaft. In unseren Globus-eigenen Meisterbäckereien, Fachmetzgereien und Gastronomien bereiten unsere Mitarbeiter täglich eine Vielzahl an Produkten frisch von Hand zu. Damit treffen wir den regionalen Geschmack unserer Kunden.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für Ihr Unternehmen?

Als die Berliner Mauer fiel, brachte dies neue Chancen für Globus. Wir hatten Anfang der 1990er Jahre die Möglichkeit, mehrere Märkte in den neuen Bundesländern zu öffnen. 1996 dann wagten wir den Sprung ins osteuropäische Ausland. In Prag eröffneten wir unseren ersten Globus Hypermarkt, das war eine ganz neue Erfahrung für uns. Heute betreiben wir in Tschechien erfolgreich 15 Märkte und gelten dort als der produzierende Händler überhaupt. Unsere Eigenproduktion ist ein echter Kundenmagnet. 2006 starteten wir in Russland. Auch dort ist unser Konzept erfolgreich, es gibt in Russland nichts Vergleichbares zu unserer Eigenproduktion. In den nächsten Jahren planen wir eine Reihe weiterer Globus-Hypermärkte, schwerpunktmäßig in Moskau.

Welche Projekte führen Sie aktuell in der Region durch oder planen Sie dort?

Aktuell erweitert vor allem die zunehmende Digitalisierung das Spektrum unserer Möglichkeiten. Unsere Kunden in Tschechien und Russland sind im Durchschnitt jünger als die deutschen und äußerst technikaffin. Self-Checkout-Kassen und der Einsatz von Handskannern gehören dort bereits zum Standard. In Tschechien ist das Scannen der Waren bald auch mit dem eigenen Handy möglich. Im russischen Krasnogorsk testen wir unser eigenes E-Commerce-Programm. Ein Click & Collect-Angebot wird dort bereits gut angenommen, aktuell loten wir auch die Heimzustellung aus. In Prag haben wir vor Kurzem unser erstes tschechisches Kleinflächenformat eröffnet: Globus Fresh. Ganz übersichtlich, auf 200 Quadratmetern bieten wir dort Produkte aus unserer Globus-eigenen Meisterbäckerei und Fachmetzgerei an, am Rande eines Wohngebietes, für diejenigen, die einen etwas weiteren Weg zum nächsten Hypermarkt haben.

Wie entwickeln sich die Rahmenbedingungen im Einzelhandel in Osteuropa?

Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach. Zum einen ist die Kaufkraft der Menschen in Russland tendenziell gesunken, auch infolge der Sanktionen des Westens. Zum anderen sind in den letzten Jahren sehr viele Supermärkte neu entstanden; der Wettbewerb hat sich intensiviert. Die russischen Gegensanktionen auf Frischwaren haben dazu geführt, dass sich die russische Landwirtschaft in den letzten Jahren enorm entwickelt hat. Länder wie Aserbaidschan und Usbekistan sind wichtige Lieferanten für Frischwaren geworden. In Tschechien spiegelt sich die gute wirtschaftliche Entwicklung in steigenden Gehältern wider. Allein in den vergangenen zwei Jahren stiegen die Grundgehälter dort im zweistelligen Prozentbereich, entsprechend wächst die Kaufkraft.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein?

Wir betrachten uns mit unseren Märkten auch in Tschechien und Russland als Teil der Gemeinschaft und der Region. Uns liegt es am Herzen, uns mit den Menschen vor Ort zu verbinden, vertrauensvolle Partnerschaften zu Produzenten und Lieferanten aufzubauen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Unternehmen und Einrichtungen zu pflegen. Über unser Engagement im OAOEV möchten wir insbesondere den deutsch-russischen und deutsch-tschechischen Austausch unterstützen und dazu beitragen, nachhaltige, freundschaftliche Strukturen aufzubauen.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Termine/Kooperationen

OAOEV

07. FEBRUAR 2019, BERLIN „Food production and Food processing – Business Opportunities in the Countries of the Western Balkans“

In Kooperation mit der Messe Berlin veranstaltet der OAOEV im Rahmen der Messe Fruit Logistica eine Konferenz zur Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung auf dem Westbalkan. Die Teilnehmer der Veranstaltung werden die Chance haben, sich über die Region zu informieren und Kontakte zu knüpfen.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Helena Rosengrün
Tel.: +49 30 206167 - 121
H.Rosengruen@bdi.eu

19. FEBRUAR 2019, HAMBURG Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft

Am 19. Februar findet in der Hochschule Fresenius in Hamburg die nächste Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zum Thema: „Innovationen in der usbekischen Medizintechnik – Qualität bei Wartung und Service“ mit einer Delegation aus dem neuen Gesundheitsministerium und weiterer medizinischer Institutionen Usbekistans statt. Themen sind unter anderem das Konzept für die technische Ausrüstung und die Auftragsvergabe in Usbekistan.

Ost-Ausschuss - Osteuropaverein
Katrin Morosow
Tel.: +49 40 325257 49
K.Morosow@bdi.eu

21. FEBRUAR 2019, BERLIN 3. Sitzung des Arbeitskreises Mittelosteuropa

Die dritte Sitzung des Arbeitskreises Mittelosteuropa des OAOEV findet am 21. Februar 2019 statt. Im Mittelpunkt stehen die Slowakei und Tschechien. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die aktuellen wirtschaftspolitischen Rah-

menbedingungen, die unternehmerischen Chancen und Herausforderungen im Handel und bei der Lokalisierung in den Ländern.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Adrian Stadnicki
Tel.: +49 30 206167-138
A.Stadnicki@bdi.eu

Sonstiges

14.-15. FEBRUAR 2019, SOTSCHI Russisches Investforum Sotschi-2019

Traditionell werden im Rahmen des Forums Fragen zur Weiterentwicklung der Weltwirtschaft, die aktuellen Tendenzen und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen internationalen und russischen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft diskutiert. Bei den Diskussionen stehen folgenden Themen im Vordergrund: Wirtschaftspotenzial und Instrumente zur Investitionsförderung in den Regionen, Auf- und Ausbau von Kontakten im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich.

<https://www.rusinvestforum.org/>

21. FEBRUAR 2019, BERLIN Russlandkonferenz 2019

Im Rahmen der Reihe „Markt, Modernisierung, Mittelstand“ veranstaltet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) in Berlin jährlich eine überregionale Konferenz, die der Entwicklung des russischen Marktes gewidmet ist. Die kommende Konferenz trägt den Titel „Russische Wettbewerbsfähigkeit – neue Wege!“ und wird sich intensiv mit der russischen Wachstumsstrategie im Anschluss an die Wahlen des Jahres 2018 befassen.

AHK Russland
Sebastian Kiefer
Tel.: +7 495 234 49 50 - 2243
kief@russland-ahk.ru

Kooperationen

Die EuropaService der Sparkassen bietet in seiner monatlichen Publikation Eurokontakte und auf seiner gleichnamigen Internetseite Kooperationsangebote von Unternehmen aus aller Welt. In den Eurokontakten von Dezember 2018 suchen 147 Unternehmen aus 35 Ländern – von Albanien über Indien bis Zypern – Kooperationspartner in Deutschland. So sucht etwa ein armenischer Bio-Honigproduzent internationale Vertriebspartner, ein bulgarischer Hersteller hydraulischer Geräte Auftraggeber im Rahmen einer Fertigungsvereinbarung und ein estnisches Unternehmen, das Click-and-Collect Lösungen für Handel und Logistik anbietet, Vertriebskooperationen.

Kontakt

Isabelle Lanz
Kooperationsvermittlung
Tel.: +49 30 20 225 5797
europaservice@dsgv.de
<https://europaservice.dsgv.de/kooperationservice/eurokontakte/>

Stellengesuch

Erfahrene Führungskraft, Dipl.-Ökonom (Masters), Dreisprachig Deutsch/ Russisch /Englisch, 53 J., interessiert für neue berufliche Entwicklungsmöglichkeiten in Raum Zentralasien/Russland/GUS. Mehr als 20 Jahre Führungs- und Projekterfahrungen im internationalen Geschäft in der Region, deutsche Staatsangehörigkeit, MS-Office, SAP ERP, 1S, Führerschein Klasse B.

Ich kann vorhandene Strukturen weiterentwickeln, neue gestalten und unumgängliche Veränderungen im Sinne des Geschäftserfolgs durchsetzen. Im Prozess bin ich flexibel, schnell und ergebnisorientiert. Meine erfolgreiche Tätigkeit garantiert einen kompetenten Blickwinkel auf spezifische Problemfelder, der Erfahrungen aus anderen Unternehmen in den Lösungsprozess einfließen lässt.

Tel. +49 171-939 33 34
starnberg@gmx.at

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSdP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Helena Rosengrün

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7% MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuservice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

Januar 2019

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Du bist in einer Luft mit mir



Von Ruska Jorjoliani

Dimitri und Viktor wachsen
in Miroslaw auf, wo Pferde-
mistinseln die schlammige
Hauptstraße zieren. Das ky-
rillische Abc lernen sie beim
alten Diakon, Dimitri mag
Metaphern, während Viktor

Linien in sein Notizbuch kritzelt. Nach ihrer
Studienzeit in Moskau hocken sie, nun Lehrer
und Ingenieur und beide Nachwuchs erwar-
tend, im Abstellraum des Schulhauses und
gönnen sich täglich eine Partie Schach. Nur
über die Revolution sind sie geteilter Mei-
nung, und als Dimitri eines Tages das Lenin-
porträt in hohem Bogen aus dem Fenster des
Klassenzimmers wirft, wird sein Freund gegen
ihn aussagen. Der von einer Georgierin auf
Italienisch verfasste und zur Frankfurter
Buchmesse auf Deutsch erschienene Roman
umreißt auf 216 Seiten nicht nur die georgi-
sche, sondern auch die russische Geschichte
des 20. Jahrhunderts, von der Zaren- bis in die
postsowjetische Zeit. Nicht nur durch diese
Verquickung wird die Komplexität des Lebens
in Georgien deutlich, noch dazu erahnt man,
was diese Komplexitäten für jeden Einzelnen
bedeuten (können). Melancholisch und lako-
nisch fügt sich hier das Große ins Kleine und
umgekehrt. (Ger)

216 S., | 22,00 Euro
Rotpunktverlag 2018

Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit



Von William Taubman

Wenn es darum geht, Gor-
batschow zu verstehen, ist
die Welt immer noch zu-
tiefst gespalten: Der Wes-
ten betrachtet ihn als den
größten Staatsmann des
20. Jahrhunderts, in Russ-

land wird er von vielen als Verräter beschimpft
und für den Zusammenbruch der Sowjetunion
verantwortlich gemacht. Gorbatschow selbst
spricht von sich oft in der dritten Person, und
wenn es um das Verständnis seiner Person geht,
sagt er: „Gorbatschow ist schwer zu verstehen“.
Der Autor William Taubman versucht für den
Leser eine Brücke zum Verständnis jenes Man-
nes zu bauen, der als Schüler für eine hochflie-
gende Würdigung Stalins einen Preis bekam
und letztendlich, aus Naivität oder getrieben
von einer Vision, die Sowjetunion untergrub. In
jedem Fall hat Gorbatschow fast im Alleingang
sein Land und die Welt verändert. Taubman
schildert den Werdegang von Gorbatschow
zum mächtigsten Mann der Sowjetunion, sei-
ne Politik der Glasnost und Perestroika, deren
Scheitern und die gleichzeitig wachsende An-
erkennung im Westen. Bei all seinen Mängeln
und unerreichten Zielen bleibt er ein tragischer
Held, der Verständnis und Bewunderung ver-
dient, so Taubmans Fazit. (Ros)

935 S. | 38,00 Euro
C.H. Beck Verlag 2018

Grauzone – Eine Reise zwischen den Fronten im Donbass



Von Jutta Sommerbauer,
Florian Rainer

„Kommt das von euch,
oder sind wir das?“ Der
kurze Satz, der den ganzen
Wahnsinn dieses Bruder-
krieges beschreibt, stammt
aus einem Telefonat zwi-
schen Alexej und seiner Mutter Valentina.
Alexej wohnt in Awdiivka, seine Mutter im
benachbarten Donezk in der Ostukraine. Frü-
her waren beide Orte mit dem Auto in 20 Mi-
nuten zu erreichen, jetzt ist eine Reise von
mehreren Stunden daraus geworden. Dazwi-
schen verläuft die Front. Im Telefonat geht es
um Gewehrfeuer. Irgendjemand schießt auf
irgendwen. Irgendwo wird jemand sterben.
Wie das alles anfang und was das alles soll, ist
längst zweitrangig. „Konflikte laufen nach
einer Zeit wie von selbst. Einfacher, als sie zu
beenden, ist weiterzukämpfen,“ schreibt die
österreichische Journalistin Jutta Sommerbau-

er. Zusammen mit dem Fotografen Florian Rai-
ner ist sie im Frühjahr 2017 in die „Grauzone“
entlang der 450 Kilometer langen Konfliktlinie
in der Ukraine gefahren. Entstanden sind at-
mosphärisch dichte, reich bebilderte Reporta-
gen über den Alltag der Menschen beiderseits
der Front. Sommerbauer geht mit preisver-
dächtiger Behutsamkeit zu Werke: Sie beob-
achtet, lässt die Protagonisten sprechen, ordnet
das Gesagte ein, ohne Schuld zuzuweisen und
findet immer wieder auch ein kleines Leuchten
in dunkler Nacht. Die Reporterin, seit Novem-
ber 2017 Korrespondentin für den Tagesspie-
gel und die Presse in Moskau, vermeidet in ih-
ren Texten jede künstliche Dramatisierung,
obwohl ihre Recherchen im Donbass in lebens-
bedrohlicher Umgebung stattfinden. Für diese
laute Welt und Zeit ein unglaublich leises, klug-
es, lesenswertes Buch (Met).

224 Seiten | 24 Euro
Bahoe Books 2018

4. Manufacturer's Forum

Die Russischen Regionen im Check
Frankfurt Airport Club, 12. April 2019

Agenda

- 9.30 Registration & coffee
- 10.00 **Macroeconomic development of Russia**
- 10.15 **Introduction of the investment climate ranking of the Russian regions**
- 10.30 Coffee break & B2B talks
- 10.45 **Different solutions to localize production in Russia**
From contract manufacturing, plug & play, build to suit, brown/greenfield
up to industrial parks
- 11.00 **Logistics in Russia: best practices**
- 11.15 Coffee break & B2B talks
- 11.30 **Panel discussion: Real localization experience**
- 12.30 Lunch
- 13.30 **Financing opportunities for localization setup**
- 14.15 **Workshops on specific questions for localization in**
Pharma
Food & Agriculture
Environmental Industry
- 16.00 Excursion

Mehr Informationen und Anmeldung
unter events@owc.de

www.owc.de

OWC
Außenwirtschaft

Deutsch-Russisches Wirtschaftsjahrbuch 2018/2019

In seiner aktuellen Auflage schlägt die zweisprachige Publikation (deutsch/russisch) erneut eine Brücke zwischen den beiden Ländern. Das Deutsch-Russische Wirtschaftsjahrbuch bietet Führungskräften in Unternehmen und Institutionen die zentralen Ereignisse des Jahres 2018 im Überblick und die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2019 im Ausblick.

www.owc.de

2018/2019

2017/2018

2016/2017

owc Verlag für Außenwirtschaft



**Deutsch-Russisches
Wirtschaftsjahrbuch**
Германо-Российский
экономический ежегодник
2018/2019



OWC
Außenwirtschaft

owc Verlag für Außenwirtschaft



**Deutsch-Russisches
Wirtschaftsjahrbuch**
Германо-Российский
экономический ежегодник
2017/2018



OWC
Außenwirtschaft

owc Verlag für Außenwirtschaft



**Deutsch-Russisches
Wirtschaftsjahrbuch**
Германо-Российский
экономический ежегодник
2016/2017



OWC
Außenwirtschaft